



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

<b>Amtsperiode</b>	2018/2021
<b>11. Sitzung</b>	Mittwoch, 25. September 2019 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
<b>Vorsitz</b>	Christian Keller, Präsident
<b>Protokoll</b>	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
<b>Stimmzähler</b>	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker
<b>Anwesend</b>	38 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht
<b>Entschuldigt</b>	Peter Huber Denise Hunziker (verspätet)
<b>Ende der Sitzung</b>	23.30 Uhr

<b>Behandelte Geschäfte</b>			<b>Seite</b>
1	2019/20	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	292
2	2019/21	Inpflichtnahme von Mara Jenni, SP, anstelle von Christoph Alder	293
3	2019/02	Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt Daniel Meier, CVP)	293
4	2019/22	Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2024	293
5	2019/23	Budget 2020	296
6	2019/28	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal: Verpflichtungskredit für die Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke über CHF 1'685'000	324
7	2019/29	Termine 2020	324
8	2019/24	Postulat SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit in den Anstellungsverhältnissen der Gemeinde Obersiggenthal	325
9	2019/25	Postulat SP-Fraktion betreffend der Erarbeitung eines Unterhaltskonzepts für die gemeindeeigenen Liegenschaften	327

10	2019/26	Postulat SP-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts zum Kirchweg West	330
11	2019/27	Postulat Peter Marten betreffend Velovorzugsrouten im Siggenthaler Feld – Schutz und Erhalt dieses Naherholungsgebiets	331
12	2019/31	Anfrage Marco Erni, SP, betreffend aktuelle Prävention und Ursachenbekämpfung der Trinkwasserverschmutzung in Obersiggenthal	332
13	2019/30	Umfrage	335

**Christian Keller, Präsident:** Ich begrüsse euch zur 11. Einwohnerratssitzung der Legislatur. Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Peter Huber, Denise Hunziker hat uns mitgeteilt, dass sie Spätdienst hat und dadurch etwas später kommt. Es sind somit im Moment 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19. Da das wichtige Traktandum weggefallen ist, gehe ich davon aus, dass wir heute in einer vernünftigen Zeit mit allen Traktanden durchkommen sollten.

## 1      2019.20      Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

**Christian Keller:** Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Das Traktandum 6, Verpflichtungskredit Sanierung Hallenbaddecke wurde zurückgezogen, dazu gibt es eine Information am 14. November 2019.

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 15. Juli 2019 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 6. Juni 2019 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Rechnung 2018; Genehmigung Rechenschaftsbericht 2018; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 550'000 inkl. MwSt. für einen Studienauftrag zum Schulhausneubau Goldiland; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 51'000 inkl. MwSt. für die Untersuchung der Hallenbaddecke; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 99'000 inkl. MwSt. für die Ausarbeitung eines Vorprojekts für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades; Genehmigung Teiländerung Nutzungsplanung Hombergsteig 10.

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich möchte noch etwas dazu zu sagen, dass wir das Geschäft des Hallen- und Gartenbades verschoben haben. Von verschiedenen Fraktionen wurde dem Gemeinderat signalisiert, dass zu wenig Zeit für so ein wichtiges Geschäft zur Verfügung steht. Dem sind wir gerecht geworden, indem wir das Geschäft auf die Sitzung im November 2019 verschieben und zusätzlich noch eine Informationsveranstaltung für den Einwohnerrat einplanen. An dieser Veranstaltung wird der Architekt, der Ingenieur und ebenfalls die Schulvertretung anwesend sein, um ihnen Rede und Antwort stehen zu können.

Wir haben die Anfrage von Marco Erni, betreffend der Wasserverschmutzung, über die allseits im Radio und Fernsehen berichtet wird, schriftlich beantwortet. Wir haben etwas mehr Text als nur zwei Sätze, damit wir diese Frage beantworten können, deshalb wurde es abgedruckt und euch so vorgelegt.

Es wird eine Organisationsänderung in der Zivilschutzorganisation (ZSO) Region Baden geben. Die Gemeinde Birmenstorf wurde in die ZSO Region Baden integriert, Birmenstorf gehörte bisher zur ZSO Reusstal-Rohrdorferberg und diese wird per 31. Dezember 2019 aufgelöst. Weil für den Beitritt der Gemeinde Birmenstorf zur ZSO Region Baden für Obersiggenthal keine Kosten oder anderweitige Folgen anfallen, wurde die Unterzeichnung der Vereinbarung dem Einwohnerrat nicht vorgelegt.

**Christian Keller:** Wir haben noch einen **Neueingang** zu verzeichnen, dabei handelt es sich, wie bereits erwähnt um die Anfrage von Marco Erni zum Chlorothalonil im Obersiggenthaler Trinkwasser. Es handelt sich nicht um eine Anfrage, die nicht zur Umfrage zählt, sondern es ist ein eigentliches Traktandum, es hat einfach keine Nummer, aber ich gehe davon aus, dass es als Traktandum ins Protokoll aufgenommen wird.

Es ist noch ein zweiter Vorstoss eingegangen, ein Vorstoss gilt als eingereicht, wenn er beim Einwohnerratspräsidenten eingereicht ist. Dabei handelt es sich um ein Postulat der SVP Obersiggenthal, betreffend Bedarfsabklärung, Massnahmen bei Littering an den öffentlichen Entsorgungsplätzen der Gemeinde.

Zum **Protokoll** der Sitzung vom 6. Juni 2019 sind drei Korrekturen eingegangen:

Seite 278

Erich Schmid, 2. Zeile: es sollte LPM AG heissen und nicht LMP AG.

Seite 278

Erich Schmid, 3. Zeile: es sollte heissen wie tief die Carbonatisierung und nicht Karatisierung.

Seite 282

Ursi Spinnler, 4. Zeile: „... Neubau auf dieser Fläche nur rückwertig...“ sollte heissen, „Neubau auf dieser Fläche eine Aufwertung...“.

## **2      2019.21      Inpflichtnahme von Mara Jenni, SP, anstelle von Christoph Alder**

**Christian Keller:** Wir kommen zur Inpflichtnahme von Mara Jenni, SP, als Ersatz von Christoph Alder. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 2 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal. Ich bitte Mara Jenni nach vorne zu kommen und alle Anwesenden sich zu erheben. Mara Jenni gelobt die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Du bist jetzt ein vereidigtes Mitglied des Einwohnerrates Obersiggenthal, mit allen Rechten und Pflichten, welche damit verbunden sind, die sich aus dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates ergeben. Ich heisse dich willkommen im Rat und wünsche dir viel Befriedigung dabei. Es sind nun 38 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20 Stimmen.

## **3      2019.02      Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt von Daniel Meier, CVP)**

Gibt es spontane Kandidaturen aus dem Rat? Die Gemeindeordnung schreibt vor, wie die Finanzkommission zusammengesetzt sein muss. Die Ersatzwahl bleibt solange traktandiert, bis die Finanzkommission wieder ordnungsgemäss zusammengesetzt ist.

## **4      2019.22      Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2024**

**Christian Keller:** Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, nimmt Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Einwohnerrat nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Es gibt zu diesem Geschäft keine Abstimmung. Die Voten, die aus dem Einwohnerrat dazu gehalten werden, die dienen dem Gemeinderat lediglich als Anregung.

**Linus Egger, Vizeammann:** Ich präsentiere euch anhand von Folien den Aufgaben- und Finanzplan. Ich gehe nur noch auf die wesentlichen Punkte ein, denn ihr habt alle Unterlagen erhalten und auch an der Fraktionspräsidentensitzung sind wir auf gewisse Punkte bereits eingegangen. Die Parameter haben wir nach den neusten Erkenntnissen angepasst.

Ich habe die wichtigsten Zahlen herausgezogen und hier dargestellt. Die grösste Überraschung war vermutlich der Steuerfuss von 105 %, denn im letzten Jahr sagten wir dort noch

110 %. Warum sind wir auf 105 % geblieben? Ihr konntet dies bereits schon lesen, dabei ging es vor allem darum, dass wir noch keine verbindlichen Zahlen, vor allem beim Hallen- und Gartenbad haben, der Gemeinderat will diese Zahlen zuerst kennen. Wir haben ein operatives Ergebnis von CHF 500'000, darauf komme ich im Budget zurück, was die Hauptgründe dazu sind. Bei den Nettoinvestitionen haben wir diese Zahlen, darin enthalten sind vor allem der Schulhausneubau, das ist ein Schulhaus im Goldiland mit acht Zimmern, Gruppenräumen und den technischen Räumen, mit CHF 9 Millionen, das Schwimmbad der 1. und 2. Etappe sowie die Strassen mit rund CHF 2 Millionen. Ihr seht den Selbstfinanzierungsgrad, der ist auch im Jahr 2020 aus unserer Sicht noch schlecht, danach steigt er an. Bei der Nettoverschuldung pro Einwohner beinhalten die CHF 2'329 alle Investitionen, d. h. die bewilligten, geplanten aber auch die gewünschten. Wenn wir alles so bewilligen würden, wie es aufgeführt ist, dann würde die Nettoverschuldung pro Einwohner so anfallen.

Nach dem Jahr 2024 nehmen die grossen Investitionen ab. Für den Gebäudeunterhalt haben wir bis ins Jahr 2030 jährlich CHF 1 Millionen eingeplant. Wenn Sie mich fragen, welches Gebäude, das das betrifft, kann ich Ihnen die Antwort leider nicht geben. Ab dem Jahr 2030 wäre dann die 2. Etappe des Schulhausneubaus geplant, aber das ist nicht gesichert, das ist nur angedacht.

Hier seht hier die Entwicklung der Nettoinvestitionen / Selbstfinanzierung nach dem Jahr 2024, so wie man es aus heutiger Sicht aussieht, wird es abnehmen, wenn wir keine weiteren grösseren Investitionen mehr haben. Wir haben die Nettoverschuldung, die, die schon länger dabei sind, kennen das, ich habe sie von 1994 her aufgezeigt. Im Jahr 1996/1997 wurde die Dreifachturnhalle gebaut, dort hatten wir noch einen Steuerfuss von 98 %. Es ist wichtig, dass man bei den Investitionen mit dem Geld haushälterisch umgeht.

Die Eigenwirtschaftsbetriebe, wie das Wasserwerk, die Abwasserbeseitigung und die Abfallwirtschaft habe ich separat aufgeführt, da es keine grossen Veränderungen gegenüber dem letzten Jahr gab. Bei der Abfallbeseitigung haben wir eine Überdeckung, weshalb wir die Grundgebühr von CHF 50 auf CHF 45 reduziert haben. Es wurde auch diskutiert, ob wir den Preis für die Abfallsäcke reduzieren sollen, aber dieser wurde im Moment noch so belassen, weil wir nicht genau wissen, ob es beim Technischen Zentrum noch zu einer Abfallentsorgung kommen wird oder nicht. In einem Jahr sollten wir dort mehr wissen, und wenn diese Abfallentsorgung nicht kommt, dann werden wir auch auf das nächste Jahr hin, die Sackgebühren prüfen müssen. Wir wissen aber aus heutiger Sicht auch schon, dass die Altmittel- oder Kartonpreise schlechter werden, d.h. dass die Entschädigungen zurückgehen und diese Auswirkungen, die wir dadurch haben, die möchten wir auch noch kennen. Wenn wir dann immer noch einen Überschuss von einer halben Millionen haben, dann werden wir an die Sackgebühren gehen müssen. Ich kann aber bereits heute sagen, dass die heutigen Sackgebühren gegenüber der umliegenden Gemeinden mehr als konkurrenzfähig sind. Der 35 Liter Sack kostet in Obersiggenthal CHF 1.70, eine Nachbargemeinde ist günstiger, aber die anderen haben CHF 1.80 bis über CHF 2. Aber trotzdem müssen wir diese Sackgebühren angehen.

Das waren meine Ausführungen zum Aufgaben- und Finanzplan, ich danke für eure Aufmerksamkeit.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Ich bringe meine Ausführungen beim Budget.

**Christian Keller:** Dann kommen wir zu den Fraktionsmeinungen zum Aufgaben- und Finanzplan. Es geht nur um den Aufgaben- und Finanzplan und nicht um das Budget.

**Markus Renggli:** Wir haben in der CVP/BDP-Fraktion die Erläuterungen von Linus auch zur Kenntnis genommen und hatten eigentlich keine grundsätzliche Diskussion darüber. Wir können die Begründungen, auch was die Beibehaltung des Steuerfusses betrifft, gut nachvollziehen, weil noch grosse Unsicherheiten darüber bestehen wie der Ablauf in den nächsten Jahren, bezüglich der grösseren Investitionen ist. Wichtig ist, dass zum Beispiel die Millionen, die für den Unterhalt vorgesehen sind, gut geplant sind. Wie ich gesehen habe, wurden bis heute

lediglich 0.7 % des Gesamtwerts der Gemeindeliegenschaften für den Unterhalt verwendet, was ein sehr tiefer Ansatz ist. Dort haben wir bei älteren Liegenschaften, je nach dem zum Teil noch etwas Nachholbedarf.

**Eugen Frunz:** Auch wir haben den Aufgaben- und Finanzplan natürlich zur Kenntnis genommen. Wir haben darüber diskutiert und uns ist aufgefallen, dass die Steuereinnahmen, und das sagen wir ungefähr jedes Jahr, etwas zu hoch gegriffen sind, wenn diese jedes Jahr um CHF 300'000 ansteigen sollen. Wir finden dies eher unrealistisch, da, du hast es angesprochen, die Karton- und Metallpreise fallen sollen. Das ist ein Indiz, dass ich aus dieser Branche kenne, dass sich die Wirtschaft eher abkühlt und tendenziell eher schwächer wird. Ich zweifle daran, dass dann mehr Steuergelder einzutreiben sind als bisher. Die Verschuldung wächst für uns besorgniserregend und vor allem ist für uns noch nicht wirklich ersichtlich, wie wir irgendwann von diesem Schuldenberg wieder herunter kommen sollen.

Die Dinge sind auf dem Finanzplan sauber aufgeführt, es ist ein Arbeitspapier, denn es wird eh nicht so genau sein, wie es darauf steht, aber das ist uns allen bewusst. Danke für die Arbeit.

**Marco Erni:** Wir von der SP-Fraktion haben nicht allzu viel zu ergänzen, was sehr interessant gewesen wäre, ist zu sehen, wie es nach dem Jahr 2024 weitergehen wird. Es fehlt uns das Gefühl, wie wir die Schulden wieder abbauen können. Zudem haben wir noch ein Detail, bezüglich der Position Sternenplatz / Landverkauf, Seite 2. Wir von der SP haben die klare Haltung, dass die Gemeinde an dieser zentralen Lage kein Land verkaufen sollte, es gibt alternativ die Möglichkeit, das Land im Baurecht abzugeben und das kann für die Gemeinde auch lukrativ sein. Deshalb fordern wir entsprechend, dass das in den Text aufgenommen wird, das ist eine kleine Änderung, „Verkauf oder Baurecht“. Dort gibt es ja auch die Möglichkeit, dass man mit einer Einmalzahlung schon einen rechten „Batzen“ einnehmen kann.

**Christoph Villiger:** Der Aufgaben- und Finanzplan für die kommenden Jahre hat die FDP-Fraktion mit einer gewissen Sorge zur Kenntnis genommen. Aufgrund der hohen Nettoinvestitionen, Linus hat es vorher nochmals aufgezeigt, werden sich die Nettoschulden pro Einwohner bis ins 2024 fast verdoppeln. Dass sich die Schulden aufgrund von hohen Investitionen deutlich erhöhen, ist grundsätzlich kein Problem, der finanzielle Spielraum hingegen und die Verschuldungsfähigkeit für unsere Gemeinde schränken wir damit aber ein. Nicht zuletzt auch für die künftigen Generationen, falls man es eben nicht schafft, die Schulden wieder herunterzubringen. Bei einem deutlichen Aufbau der Schulden, ist es deshalb zentral, dass sich diese im Rahmen eines Zyklus wieder in ein langfristiges, gesundes Niveau manövrieren und in ein gutes Gleichgewicht kommen. Der Gemeinderat hat vor Jahren, im Rahmen eines Legislaturziels einmal eine Grösse von CHF 25 Millionen definiert oder eben die CHF 2'500 pro Kopf.

Der vorliegende Plan zeigt Ende 2024, wie bereits gesagt, einen Schuldenbestand von fast CHF 37 Millionen oder fast CHF 4'000 pro Kopf auf und liegt damit rund 50 % über dem langfristigen SOLL. Trotz der damit eingerechneten Steuererhöhung auf die 110 %, ab 2021 fallen die Ergebnisse, die man prognostiziert hat, knapp aus. Falls die Einnahmen ausfallen, oder auch die Steigerungen, die man im Steuerbereich annimmt geringer ausfallen, oder die Ausgaben stärker steigen werden als angenommen, dann werden mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Steuererhöhungen notwendig sein.

**Daniela Graubner:** Die EVP hat den Aufgaben- und Finanzplan 2020 – 2024 wiederum besorgt zur Kenntnis genommen. Unsere finanzielle Lage entspannt sich leider nicht und durch die grösseren, geplanten Investitionen wird sich die Nettoschuld pro Einwohner Jahr für Jahr auf knapp CHF 4'000 erhöhen. Betrachtet man die operativen Ergebnisse für die nächsten fünf Jahre wird klar, wir kränkeln dauerhaft gegen die roten Zahlen, und das trotz geplanter Steuererhöhung. Die Bevölkerungszahl ist für 2020 nur um minimal 40 Personen erhöht, der Ertrag von Total Gemeindesteuer wird aber um CHF 300'000 auf CHF 25,3 Millionen erhöht. Wir sind der Hoffnung, durch die Arealentwicklungen im Schild Ost und Oederlin in Zukunft mehr Einwohner zu gewinnen als geplant und somit auch mehr Steuerzahler generieren zu können. Weiterhin hoch ist auch die Verpflichtung in den Finanzausgleich, mit einem Beitrag von CHF

500'000, erst ab 2021 sinkt dieser um CHF 100'000 auf CHF 420'000. Wir begrüßen den Entscheid des Gemeinderates, den Steuerfuss noch auf 105 % zu belassen, es ist unbestritten, dass wir das Geld von diesen fünf Steuerprozenten, sehr gut gebrauchen könnten, in unserer finanziell angespannten Situation. Es ist aber weise, dann eine Erhöhung zu beantragen, wenn sie gut begründet werden kann, und somit auch eine Chance hat, vom Stimmbürger angenommen zu werden. Mittlerweise ist unsere Lage bekannt und wird jedes Jahr an der Budgetsitzung wiederholt. Was wollen wir uns in Obersiggenthal leisten und was sind wir bereit dafür zu zahlen?

**Marcel Müller:** Wenn man es mit den geplanten Investitionen konkret aufführen würde, dann müsste man heute schon ab 2023 eigentlich einen Steuerfuss von 115 % einsetzen. Wir haben ab dem übernächsten Jahr den Steuerfuss 110 %, das ist o.k., aber ab 2023, spätestens ab 2024 könnte man auf diesem Plan, und das wäre richtig, mit 115 % fahren. Denn das ist die realistische Grösse, bei der wir dann auch mit dem Kanton höchstwahrscheinlich weniger in Konflikt kommen könnten, bezüglich Verschuldung pro Einwohner.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

## **5      2019.23      Budget 2020**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Christian Keller:** Auch hier nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz.

Ich erkläre zuerst kurz das Vorgehen. Am Anfang erläutert Linus Egger als Vizeammann das Budget. Dann nimmt Ursula Haag, Präsidentin der Finanzkommission Stellung zum Budget, dann folgen die Fraktionsvoten und anschliessend findet die Detailberatung statt. Die Anträge, die die Finanzkommission in ihrem Bericht gestellt hat, werden wir jeweils bei den betreffenden Konten behandeln. Nach der Detailberatung kommen wir zu den Eigenwirtschaftsbetrieben, dann zu den Anträgen der Finanzkommission und am Schluss zur Schlussabstimmung.

**Linus Egger, Vizeammann:** Ich versuche Ihnen anhand dieser Traktanden das Budget etwas näher zu bringen und wenigstens einen Überblick zu geben, damit wir die eine oder andere Frage bereits beantworten können.

Ich beginne mit der Entwicklung der Nettoergebnisse, ich gehe aber nicht auf jede einzelne Zahl ein. Bei der Bildung haben wir eine Erhöhung des Nettoergebnisses, das ist vor allem auf die höheren Kosten, die wir dem Kanton abliefern müssen, zurückzuführen. Das sind etwas über CHF 150'000, dazu kommen im Hochbau CHF 130'000. Bei der Gesundheit haben wir auch wieder höhere Kosten, dort sind es vor allem bei den stationären Pflege ca. CHF 100'000 mehr. Die Soziale Sicherheit ist unwesentlich höher, darin enthalten ist der Krippenpool, der weniger Kosten ausweist, als in den Vorjahren, was sehr erfreulich ist.

Bei der Erfolgsrechnung haben wir ein operatives Ergebnis von rund CHF 500'000. Ein ausserordentliches Ergebnis heisst, Entnahme aus der Aufwertungsreserve, das war das letzte Mal bei CHF 419'000, jetzt haben wir CHF 95'000 weniger. Bei der Investitionsrechnung haben wir rund CHF 1,9 Millionen, die Selbstfinanzierung von CHF 1,5 Millionen, das gibt ein Finanzierungsergebnis von minus CHF 370'000. Wenn man das auf die Nettoverschuldung hinunter rechnet, kommt man auf rund CHF 2'064. Ihr seht die Differenz, die ich vorher beim Aufgaben- und Finanzplan aufgezeigt habe. Die CHF 2'064 ist eine marginale Veränderung gegenüber dem

Budget 2019 oder gegenüber der Rechnung 2018. Das war auch ein Grund, weshalb wir den Steuerfuss auf 105 % lassen wollen.

Die Hauptgründe dafür, weshalb das operative Ergebnis nicht ausgeglichen ist sind, wir haben höhere Abgaben an den Kanton von rund CHF 250'000, baulichen Unterhalt von CHF 100'000 und für den Unterhalt Mobilien auch noch CHF 100'000 und der Rest ist verteilt über die anderen Positionen.

Ich habe noch Korrekturen, teilweise wurden sie bereits an der Fraktionspräsidentensitzung gesagt. Alle Anträge werden bei der Detailberatung, bei den jeweiligen Konten gestellt. Beim Zivilschutz erhielten wir einen Nachtrag von CHF 20'000, denn dort wurde falsch gerechnet, das ist noch nicht im Budget berücksichtigt, das muss noch korrigiert werden. Das 30 % Pensum bei der Abteilung Soziales, das sind CHF 35'200. Der Gemeinderat hat im Budget folgende Streichungen vorgenommen, die Abdeckung für den Parkettboden im Gemeindegarten, CHF 10'000 sowie die CHF 48'800 für die Dachsanierung im Jugs. Alle anderen Anträge, die die Finanzkommission gestellt hat, lehnt der Gemeinderat ab.

Wir haben rund CHF 120 Millionen Versicherungswert der Gebäude in unserer Gemeinde. Für den Hochbau haben wir rund CHF 700'000 in der Erfolgsrechnung, das war ein Jahr etwas weniger und ein anderes Jahr wieder etwas mehr, wenn man das in Prozent ausrechnet, sind das unter 1 %. Jeder der ein eigenes Haus hat, der weiss etwa wie hohe Kosten er im Unterhalt hat.

Ich möchte speziell auf den Streichungsantrag der Finanzkommission eingehen, sie hat den Antrag gestellt, beim Unterhalt Hochbauten pauschal CHF 30'000 zu streichen. Ich bitte Sie, die Seite 10 im Budget anzuschauen, dort haben Sie die Auflistung aller Details, es geht hier um die Schulliegenschaften. Wenn Sie sich die Details anschauen, wir haben zum Beispiel die Fassaden-Instandsetzung mit CHF 15'500. Der Gemeinderat hat sich die Gebäude teilweise angeschaut, die CHF 15'500 betreffen den Kindergarten am Kirchweg, dort ist die Fassade auf der West-Seite ist in der Zwischenzeit grün und hohl, die muss gemacht werden, wie sie bereits auf der Ost-Seite gemacht wurde. Wir haben die Reparaturen von Spielgeräten, der Antrag war bedeutend höher, aber bei der Besichtigung wurde festgestellt, dass die vorhandenen Geräte gemacht werden müssen, denn wenn der Pfahl morsch ist, dann muss er ersetzt werden, hier ist die Unfallgefahr zu gross. Alle diese Dinge, die wir einzeln beantragt haben, wurden mehr oder weniger besichtigt. Wenn Sie das nun zurück an die Verwaltung geben, mit der Aufforderung einen Vorschlag zu machen, dann machen die das sicher. Wir haben hier rund CHF 40'000 an Kleinreparaturen, die Verwaltung wird diesen Betrag herausnehmen, mit dem Gedanken, dass wenn die Kleinreparaturen kommen, dann kommen sie halt. Ihr müsst einfach sehen, dass das nicht der richtige Weg ist, denn der Hauswart der Abteilung Bau und Planung hat keinen Spielraum mehr. Das heisst, dass wenn sie eine Kleinreparatur machen sollen, sei es für CHF 3'000 oder für CHF 5'000, müssen sie an die Geschäftsleitung oder an den Gemeinderat gelangen, ob sie das Geld ausgeben dürfen. Wenn man in den vergangenen Jahren den Sach- und Betriebsaufwand, die ausserordentlichen Kosten, die ihr im letzten Jahr bewilligt habt, herausgerechnet hat, wurde das Budget nicht zu 100 % ausgeschöpft. Das beutet, dass die Reparaturen nur ausgeführt wurden, wenn sie wirklich nötig waren.

Ich habe der Finanzkommission Bilder von Beschädigungen auf dem Hartplatz gezeigt, die unter dem Jahr passieren, und diese müssen sofort repariert werden, sonst wird dieser Schaden noch bedeutend grösser. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass man diesem Antrag nicht zustimmen sollte.

Auf die Spezialfinanzierung muss ich nicht weiter eingehen, Wasser, Abwasser und Abfall sind positiv, der Abfall ein wenig bescheiden. Ich habe bereits erläutert, dass wir die Grundgebühren um CHF 5 zurückgesetzt haben. Im Wasserwerk haben wir in einem Jahr eine Gebührenerhöhung, sollten wir diese beantragen müssen, werden wir dies wieder vom Preisüberwacher absegnen lassen.

Ich habe an der Einwohnerratssitzung versprochen, euch über das Projekt Ratio 2020 zu orientieren. Ich gehe nicht auf alles ein, nur auf die grössten Beiträge. Beim Konto 110, haben wir die Ortsbildschutzkommission, wie ihr wisst, wurde diese neu geregelt und dadurch sind es CHF 25'000 weniger. Das Schneesportlager wurde ihr im Rat diskutiert, das sind rund CHF 9'000 weniger, ich kann aber auch sagen, dass der Elternbeitrag zurück gegangen ist. Die CHF 60'000 bei den Bestattungskosten, die eingespart werden. Wir haben beschlossen, dass wir bei Pensionierungen keine Ferien und Überstunden mehr auszahlen, das heisst aber nicht, dass sie gestrichen werden, sie müssen abgebaut werden, das ist Sache des Vorgesetzten und ist eine Planungsaufgabe. Überstunden werden nur noch ausbezahlt, wenn sie vorgängig vom Gemeinderat oder von der Geschäftsleitung bewilligt wurden.

Das Jugendfest, das wurde mit der Schulleitung besprochen, findet nur noch an einem Tag statt, bitte denkt daran, dass wenn wir ein Schulhaus einweihen, soll es noch ein weiteres Fest geben. Die Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation Unter- oder Obersiggenthal soll angestrebt werden. Vom Einwohnerrat soll entschieden werden, ob die Unterlagen nur noch elektronisch versandt werden sollen, ich würde es begrüessen, aber das müsst ihr entscheiden.

Der Massnahmenkatalog ist jetzt abgeschlossen, es gibt eine Pendenzenliste, diese wird weiter bearbeitet und das Kostenbewusstsein soll in der Verwaltung und zum Teil auch im Einwohnerrat weiter gefördert werden. Die Finanzkommission hat alle Unterlagen erhalten, sie wissen auch was wir weiter machen wollen, wurden detailliert informiert und alle grösseren Fraktionen sind in der Finanzkommission vertreten, die haben alle Einsicht erhalten.

Das waren meine Ausführungen zum Budget, danke für eure Aufmerksamkeit.

**Christian Keller:** Danke Linus Egger für die Ausführungen. Das Wort hat die Präsidentin der Finanzkommission.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Ich möchte euch aus Sicht der Finanzkommission unsere Überlegungen zum Budget 2020 näher bringen. Im letztjährigen Finanzplan hatte der Gemeinderat noch eine Steuerfusserhöhung von 5 % auf 110 % vorgesehen. Jetzt verzichtet der Gemeinderat aber im neuen Budget auf die Erhöhung, dass dadurch ein operatives Ergebnis von minus CHF 513'622 entsteht, ist nur logisch. Die Begründung des Gemeinderates, dass zuerst abgewartet werden soll, wie es mit dem Hallen- und Gartenbad weitergeht, ist nur eine von mehreren Begründungen. Im Moment ist ein Defizitbetrag an diesem Hallenbad von Seiten der Gemeinde von CHF 350'881 im Budget eingesetzt, wie realistisch dieser Betrag ist, kann im Moment niemand bestätigen, es kann sein, dass Ende 2020 das operative Ergebnis noch viel schlechter ausfallen könnte, wie budgetiert ist. In diesem Sinne steht die Finanzkommission diesem Budget sehr kritisch gegenüber und kann nur betonen, dass ein solches negatives Ergebnis eigentlich nicht tragbar ist.

Angesichts des unausgeglichene Budgets ist aus unserer Sicht die 0.6 % Lohnerhöhung nicht angebracht, die Finanzkommission stellt hier den Antrag auf eine Erhöhung von 0.3 %. Die vorgeschlagenen 0.4 % strukturellen Anpassungen kann die Finanzkommission gutheissen. Die Verlängerung der 30 % Stelle in der Abteilung Soziales lehnt die Finanzkommission auch ab, letztes Jahr zur gleichen Zeit, wurde dieser Erhöhung für ein weiteres Jahr zugestimmt, mit der Begründung, dass das mit einer Befristung von einem Jahr ist, jetzt soll diese Stelle also für immer im Stellenplan aufgenommen werden. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass ein solches Vorgehen nicht annehmbar ist. Da die Abteilung Soziales wieder ohne Leitung da steht, raten wir dringend davon ab, der unbefristeten Stelle zuzustimmen.

Bei der Prüfung des Budgets 2020 sind wir bei verschiedenen Konten auf Budgetposten gestossen, welche gesamthaft ein Sammelsurium von diversen Anschaffungen und Unterhaltsarbeiten beinhaltet, das ist das was euch Linus vorher auf Seite 10 erklärt hat. Im Gespräch mit der Abteilung Bau und Planung wurde der Finanzkommission nicht klar, welche dieser Anschaffungen und Reparaturen jetzt wirklich dringend und nötig sind. Wir haben beim Kanton

folgende Anfrage gestellt: Die Finanzkommission der Gemeinde Obersiggenthal möchte beim Gemeinderat beantragen, auf einem bestimmten Konto, Unterhalt Hochbauten bei den Schulliegenschaften einen bestimmten Betrag zu kürzen. Dabei wollen wir auf konkrete Kürzungsanträge einzelner Massnahmen verzichten, da wir der Ansicht sind, dass der Gemeinderat oder noch besser die Verwaltung selber besser entscheiden kann, welche Massnahmen prioritär zu behandeln sind und welche aufgeschoben, günstiger oder anders umgesetzt werden können. Unser Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine solche Pauschalkürzung auch auf einem einzelnen Konto nicht zulässig ist.

Die Antwort des Kantons: Da Sie hier eine Kürzung auf der unterstmöglichen Stufe, also dem Einzelkonto verlangen, ist das Vorgehen aus unserer Sicht in Ordnung. Somit werden wir beim Konto 2170.3144.00 Unterhalt Hochbauten die Kürzung entsprechend beantragen. Das Konto der Abteilung Bau und Planung hatte im Budget ursprünglich ein Total von CHF 448'370, der Gemeinderat hat durch diverse Kürzungen jetzt einen Betrag von CHF 344'690, also rund CHF 100'000 weniger. Die Finanzkommission wird bei diesem Konto den Antrag stellen, dieses nochmals um CHF 34'690 zu kürzen. Dadurch kann die Verwaltung selber entscheiden, was dringend und notwendig ist. Die Finanzkommission hat sich auch Gedanken gemacht, ob in Zukunft vermehrt der Verwaltung die Kompetenz gegeben werden soll, wie zum Beispiel beim Konto Unterhalt Hochbauten oder Anschaffungen ein Gesamtbetrag vorzugeben. Somit kann die Verwaltung in ihrem Ermessen über den Betrag verfügen und wie oben erwähnt, selbst entscheiden welche Anschaffungen gemacht oder welche Reparaturen vorgenommen werden sollen. Dadurch würde der Einwohnerrat gewisse Kompetenzen verlieren, denn er könnte dann auf diesem Konto nicht noch einmal Einsparungen beantragen. In der Finanzkommission werden wir diese Überlegungen weiter verfolgen und eventuell für das Budget 2021 einen Vorschlag zuhanden des Einwohnerrates machen.

In der November Sitzung erhalten wir einen Zwischenbericht über die Legislaturziele 2018-2021 des Gemeinderates. Unter anderem wird für 2021 eine Nettoverschuldung pro Einwohner von CHF 2'500 gefordert, im jetzigen Aufgaben- und Finanzplan ist momentan eine Nettoschuld pro Einwohner von CHF 2'680 ausgewiesen. Bezüglich Prognosen Steuerertrag 2019 weist der Finanzplan im Moment auch ein Minus gegenüber dem Budget 2019 von CHF 175'000 aus. Die Finanzkommission verlangt vom Gemeinderat eine Anpassung des Aufgaben- und Finanzplans, sobald das weitere Vorgehen im Hallen- und Gartenbad geklärt ist. Die Finanzkommission ist gespannt auf das weitere Vorgehen, im Endeffekt soll es das Ziel sein, trotz erheblicher, zukünftiger Investitionen ein ausgeglichenes operatives Ergebnis zu erreichen. Es sollte ein Plan vorhanden sein, durch den die Verschuldung laufend reduziert werden könnte.

**Christian Keller:** Wir kommen zu den Fraktionsvoten.

**Marcel Müller:** Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Verwaltungsabteilungen, dem Gemeinderat und auch der Finanzkommission, unter der Leitung von Uschi Haag für die Zusammenstellung des Budgets. Insbesondere bedanken wir uns auch bei Bernhard Wehrli für die mit Kreuzen gekennzeichneten Querverweise im Budget.

Wie bereits in den Vorjahren fällt auch das Budget für das Jahr 2020 mit einem Minus von CHF 500'000 wieder schlecht aus. Auch im Jahr 2020 wird das ehemals vom Gemeinderat erklärte Ziel von keinen neuen Defiziten leider wiederum nicht erreicht. Dies obwohl es bereits zu zwei Steuererhöhungen von 98 % auf heute 105 % gekommen ist. Die höhere Steuerbelastung der hier lebenden Bürger ist samt und sonders verpufft und kein Ende der Defizite ist wirklich in Sicht. Während einige Gemeinden in der Nachbarschaft zum Teil mit tieferen Steuerfüssen satte Plus in Rechnung und Budget zeigen, geht Obersiggenthal weiterhin am finanziellen Krückstock.

Die Steuereinnahmen gehen zur Rechnung 2018 sogar um CHF 200'000 zurück. Also weiterhin kein Wachstum der Steuereinnahmen in dieser Gemeinde. Es ziehen leider auch keine guten Steuerzahler zu, dies trotz der Kindertagesstätte Goldiland. Obwohl uns von SP und CVP damals stark versichert wurde, dass mit je CHF 1 Ausgaben für das Goldiland CHF 1.50 Steuern

eingehen sollen. Leider ist davon bis heute so nichts erkennbar. Warum ziehen eigentlich keine guten Steuerzahler nach Obersiggenthal? Alleine diese Frage, wäre einmal eine Tiefenprüfung wert. Wir haben bis jetzt immer Tiefenprüfungen bezüglich Ausgaben, Abläufe, Prozesse gemacht, aber man müsste sich vielleicht mal klar die Frage stellen, wie könnten hier die guten Steuerzahler ansässig werden.

Dass man dem gesamten Personal, und ich sage hier ausdrücklich als Fraktionsmeinung dem gesamten Personal trotz jährlichem Defizit und höheren Steuerbelastungen für die Bürger sowie einer Inflation, die heutzutage um die 0,2 % steht, jedes Jahr generell eine Lohnerhöhung zukommen lässt, ist für die SVP inzwischen ziemlich unverständlich. Ehrlich gesagt, wenn man mit der Bevölkerung spricht, auch in der Bevölkerung ist dies in vielen Teilen nicht mehr gut zu erklären. In der Privatwirtschaft gibt es inzwischen bei vielen Leuten, auch wenn sie gut arbeiten, das ist leider so über mehrere Jahre oft keine Lohnerhöhungen mehr. Wir sind nicht gegen die strukturellen 0,4 %, wir sind dafür, dass Leute, die sich besonders anstrengen, gute Leistungen zeigen, weiterbilden durchaus belohnt werden sollen. Aber, dass man im heutigen Umfeld jährlich generell die Löhne erhöht, ist für die SVP nicht mehr verständlich.

Die Gemeinde hat aus unserer Sicht nach wie vor eine eher zu teure Infrastruktur und inzwischen auch zu wenig gute Steuerzahler, um all das alles zu finanzieren. Die Schulden werden jedes Jahr weiter ansteigen und es ist absehbar, dass wenn der Steuerfuss nicht irgendwo in die Höhe von 115 % kommt, die Gemeinde über kurz oder lang ein Sanierungsfall sein wird. Dann will auch der Kanton mitreden, wie man das auch schon in anderen Gemeinden gesehen hat und wir verlieren unsere Souveränität. Ich glaube, das will niemand hier drin, dass am Schluss der Kanton sagt, wie der Hase läuft. Der künftigen Generation gegenüber ist es auch äusserst ungerecht, denn wir geben Geld aus, was zukünftige Leute mit höheren Steuern zu berappen haben. Die Gemeinde muss laufend, und das steht überall, neue Kredite aufnehmen, um überhaupt die Liquidität sicherstellen zu können. Man muss sich das mal vorstellen, eine private Firma die laufend Kredite aufnehmen muss, um die Liquidität zu sichern, wäre eigentlich nahe am Konkurs.

Die SP fordert schon wieder eine Erhöhung der Steuerbelastung für die Bürger, die Steuererhöhung, die man jetzt nicht umsetzt. Dies obwohl noch keine grösseren Projekte wirklich entschieden sind. Das Hallen- und Gartenbad ist nicht entschieden, das Schulhaus ist auch noch nicht entschieden, die Vorlagen sind noch nicht auf dem Tisch, wir wissen noch nicht wohin das geht. Wir müssen uns einfach auch mal bewusst sein, dass jede Steuerfusserhöhung von den Menschen bezahlt werden muss, Leute, die konfrontiert sind, mit stagnierenden Löhnen, stagnierenden Renten und anderen Kosten. Immer wieder Steuern erhöhen, bedeutet auch immer weniger freies Geld für die Menschen in unserer Gemeinde. Die SVP wird nur Projekte unterstützen, die vernünftig finanzierbar sind und den Schuldenberg nicht ins unverantwortliche steigen lassen. Die SVP will, dass grössere Projekte immer vor eine Volksabstimmung kommen und wir werden diese Frage auch nicht von einem angeblichen Zeitdruck beugen lassen. Grosse Projekte gehören für uns ganz klar vors Volk und sind nicht mit irgendeiner Taktik am Volk vorbei zu schieben.

Man kann sich auf die SVP insofern verlassen, dass wir uns auch weiterhin kraftvoll dafür einsetzen werden, das gespart und gerechnet wird, damit Obersiggenthal auch in Zukunft einen vernünftigen Steuerfuss hat. Teure Projekte kommen in jedem Fall vor das Volk.

**Christian Keller:** Ich muss hervorheben, du bist kostenbewusst, du hältst dein Votum in hochdeutsch und hast es schriftlich. Bitte gebe dein Votum per E-Mail an Romana weiter, das erspart ihr viel Arbeit.

**Mia Jenni:** Auch wir haben das Budget genau angeschaut. Wie bereits schon im letzten Jahr finden wir, dass es nachvollziehbar und stichhaltig ist. Wir bedanken uns für die vielen Stunden, die hier investiert wurden. Auch wir finden die Sternchen sehr hilfreich, bei denen man nachsehen kann, bei welchen Positionen was verändert wurde. Leider wiederholen sich auch andere Muster der letzten Jahre. Der Anteil der gebundenen Kosten ist sehr hoch und unser Spielraum in der Gemeinde tendiert gegen Null. Das liegt auch sehr fest an der Tatsache,

dass halt auf kantonaler Ebene bürgerliche Steuergeschenke zu weniger Geld in der Gemeinde führen, was unseren Spielraum massiv einschränkt. Ebenso die absurde Praxis des Kantons, Kosten auf die Gemeinde abzuwälzen. Meine Bitte deshalb an alle in diesem Rat, die irgendwelche Kontakte zu Grossrätinnen und Grossräte haben, erzählt diesen doch mal von unseren alljährlichen Kämpfen mit dem Budget. Vielleicht schauen sie dann mal mehr über ihren eigenen Ratsrand hinaus.

Wir hier in der Gemeinde haben eigentlich ja nur noch mit einem Skelett von einem Budget zu tun, und jeglicher weiterer Abbau wäre absolut schmerzhaft. Für uns als Fraktion ist es deshalb klar, dass wir den momentanen Lebensstandard, den wir in dieser Gemeinde haben, erhalten müssen um langfristig eine attraktive Gemeinde zu sein. Das heisst auch ein Hallen- und Gartenbad, einen Fussballplatz, genug Schulraum und es heisst auch durchdachte und langfristig geplante Ortsbilder. Deshalb verstehen wir auch nicht, weshalb die Steuerfusserhöhung nochmals um ein Jahr nach hinten verschoben wurde, das sind unnötige Lücken, die uns bei den Einnahmen fehlen.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion hat sich auch mit dem Budget 2020 ausgiebig auseinandergesetzt und diskutiert. Das budgetierte operative Ergebnis von rund Minus CHF 513'000 zeigt auf, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde nicht verbessert hat. Trotz aktueller und vergangener Sparbemühungen gelingt es uns nicht, die Kosten markanter zu senken. Das Problem sind die nichtbeeinflussbaren Kosten, die unsere Gemeinde wiederum sehr stark belasten werden. Für einmal bin ich mit Mia Jenni einig, wir müssen Einfluss bei den Grossräten nehmen, dass wir dort entgegenwirken können, dass zu viel auf die Gemeinde gedrängt wird, das sollte über alle Parteien gehen. Als Beispiel nehme ich die Kosten für die Pflegefinanzierung, die im nächsten Jahr mit CHF 2 Millionen budgetiert werden. In der Rechnung 2014 waren sie noch bei CHF 984'000, das heisst mit anderen Worten, man hat seit 2014 jedes Jahr rund vier Steuerprozent dazu gebraucht, um die Differenz zu tilgen, ohne dies auf irgendeine Art beeinflussen zu können. Wenn man etwas genauer in die Jahresrechnung hineinschaut, zeigt es sich, dass der Gemeinderat durchaus gewisse Akzente gesetzt hat, das sieht man zum Beispiel bei der Erhöhung des Unterhalts Hochbauten bei der Bildung. Skeptischer sind wir bei einem meiner Lieblingsthemen, Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten, dort werden wir im nächsten Jahr die stolze Summe von CHF 543'570 ausgeben, was wiederum CHF 100'000 höher ist, als im 2019. Der Anstieg wird verniedlicht, in dem man sagt, dass sei ja nicht so schlimm, es wurde ja ein Teil aus der Mehrwertabgabe genommen. Es kommt mir vor, wie wenn man sagen würde, nimm es nicht aus der rechten Hosentasche, sondern aus der linken. Aber wenn ich am Abend meine beiden „Kässli“ leere, das Resultat ist das selbe, mir fehlt das Geld.

Ein weiterer Kritikpunkt ist für mich aber auch die Frage, ob die Projekte überhaupt gestemmt werden können. Wenn ich zum Beispiel lese, dass ein vorhandenes Immobilienverwaltungstool nur mittels externer Hilfe mit den notwendigen Daten für ein künftiges Gebäudemanagement abgefüllt werden muss. Hier beschleicht uns das Gefühl, dass hier in der Vergangenheit nicht alle Hausaufgaben gemacht wurden. Wenn ich lese, dass etwas, was absolut zentral ist, Unterhalt, Gebäudemanagement scheinbar nicht à jour ist, dann frage ich mich, warum wir noch Projekte anstossen, die wir dann wahrscheinlich auch nicht händeln können. Denn die meisten Projekte, die wir haben, schieben sich tendenziell heraus. Einfach noch als Erinnerung, im Jahr 2016 waren die Honorare, die jetzt CHF 543'000 sind, CHF 315'000. Es ist also ein massiver Anstieg. Alles in allem stimmen wir diesem Budget zu, wir können die Begründungen zur Beibehaltung des Steuerfusses nachvollziehen, klar ist hingegen, dass ein weiterer Schritt, sprich die Erhöhung des Steuerfusses mit dem Budget 2021 anstehen soll. Falls man sich hier im Rat entscheidet den Steuerfuss gemäss Vorschlag Gemeinderat zu übernehmen und die Mehrheit sich doch dazu, wenigstens verbal vermittelt hat, im nächsten Jahr der Steuerfusserhöhung zuzustimmen, wird es spannend sein, ob wir uns im nächsten Jahr noch daran erinnern können. Oder ob das möglicherweise passiert, was in anderen Gemeinden passiert, dass das wieder vergessen geht.

Zu den Anträgen der Finanzkommission hat die Fraktion eine gewisse gespaltene Meinung, gewisse unterstützen wir und gewisse unterstützen wir nicht. Zudem wollen wir heute Abend noch gewisse Zusatzinformationen erhalten, um definitiv entscheiden zu können.

**Urs Müller:** Bei den Ausgaben haben wir in diesem Rat schon viel gespart, sei es, dass der Gemeinderat Vorschläge gemacht hat, der Einwohnerrat hat schon daran geschraubt, wir hatten eine Kommission. Wir sind an einem Punkt angekommen, es wurde auch schon gesagt, an dem die Zitrone ausgepresst ist.

Der Gemeinderat will jetzt aber, die im Finanzplan festgehaltene Steuerfusserhöhung auf 110 % hinausschieben. Wir würden das verstehen, wenn seit dem letzten Jahr grundsätzliche Änderungen eingetreten wären, d.h. wenn sich die Einnahmen positiv entwickelt oder die Investitionen grosse Veränderungen erfahren hätten. Das ist aber nicht der Fall. Das Argument, dass im Moment noch Unklarheiten punkto Investitionen bestehen, ist nicht nachvollziehbar. Der Schulhauneubau ist aufgegleist, die ungefähren Kosten kennen wir. Beim Schwimmbad hat sich die Lage mit der Schliessung des Hallenbads und der dringenden Sanierung der Betondecke eher verschlechtert.

Auf der Einnahmeseite sind gemäss Gemeinderat minim höhere Steuern zu erwarten. Alles das führt uns dazu, noch ein paar Dinge zu unserer Situation in der Gemeinde zu sagen. Wir hören immer wieder von der Steuererhöhung und wie schlimm, dass wir da stehen. Wir liegen aber im Kanton nach wie vor, auch mit 110 % unter dem Durchschnitt, sonst müssten wir nicht jährlich beträchtliche Summen in den Finanz- und Lastenausgleich bezahlen, Geld, das uns in der Gemeinde nicht zur Verfügung steht. Auch das immer wieder aufgeführte Schreckensszenario von den abwandernden guten Steuerzahlern stimmt nicht. Eine Studie der Hochschule Luzern zum Umzug hat genau dies untersucht und kommt zum Schluss: Ich zitiere: „Ein tiefer Steuerfuss allein lockt noch keinen Zuzüger an, weder in der Stadt noch der Agglomeration oder auf dem Land. Als Wohnstandortfaktor rangiert die Steuerbelastung bloss im hinteren Mittelfeld. Weit hinter dem Öffentlichen Verkehr, dem Dienstleistungs- und Wohnangebot. Für ein paar wenige Millionäre möge der Steuerfuss von Belang sein, doch für die grosse Mehrheit der Haushalte, auch für die gut verdienenden, gilt: Die Steuern sind nicht das Wichtigste“. Die Studie wurde vom Schweizer Gemeindeverband publiziert.

Machen wir darum das, was vernünftig ist und setzen wir den Steuerfuss wie langfristig geplant auf 110 % an. Die Begründung liefert uns der Gemeinderat selber: Ich zitiere: «Die aktuelle Selbstfinanzierung ist zu gering um anstehende Investitionen tätigen zu können». Die Fraktion der Grünen unterstützt deshalb den Antrag, der vermutlich von der SP kommen wird, dass man die Steuern bei 110 % ansetzt, wie das ursprünglich geplant war.

**Markus Renggli:** Wir tragen auch zum Sparen bei, und sparen noch mehr, als die SVP, indem wir keine Fraktionsmeinung bekannt geben.

**Linus Egger, Vizeammann:** Ich bin allergisch darauf, wenn man Dinge erzählt, die nicht stimmen. Es stimmt nicht, dass das Personal jedes Jahr eine Salärangepassung gehabt hat. Im 2016 und 2017 hatten wir eine Null-Runde, im November wird vom Gemeinderat immer beschlossen, ob die Salärangepassung generell oder individuell ist. Wir haben nicht immer generell. Bei den Steuern muss man in Betracht ziehen, dass wir Einzahlungen in Pensionskassen haben, die sind höher, als in der Vergangenheit. Wir haben Liegenschaftsunterhaltskosten, die die Steuern reduzieren. Wir wollten vor Jahren das Gebiet Loo einzonen, ich war selbst im Grossrat dabei, da hat die unheilige Allianz in Aarau das Gebiet Loo bereits abgeschossen, so dass wir hier nicht mehr darüber diskutieren konnten. Das Loo, wäre ein Grundstück gewesen, welches für gute Steuerzahler zu haben gewesen wäre. Des Weiteren wurde von der unheiligen Allianz das Gebiet Ried abgeschossen, welches auch nicht gemacht werden konnte, dort kann man noch ein gewisses Verständnis haben, aber beim Gebiet Loo hat man kein Verständnis.

Es wurde gesagt, dass wir nur noch grössere Investitionen machen, die vor das Volk müssen, das akzeptieren wir so. Dazu muss ich einfach erwähnen, dass das Goldiland vor dem Volk

war und 60 % zustimmten und deshalb bin ich der Meinung, man sollte das jetzt einmal akzeptieren.

Die Hallenbaddecke ist in den CHF 9 Millionen, die wir im Finanzplan haben, inbegriffen, ist vielleicht nicht ganz periodengerecht, aber wenn ihr den Plan genau anschaut, seht ihr, dass wir für das Schwimmbad im 2020 CHF 900'000 berücksichtigen. Peter kann mir das wahrscheinlich bestätigen, in diesen CHF 9 Millionen ist die Investition der Hallen- und Gartenbaddecke bereits enthalten.

**Christian Keller:** Wir kommen jetzt zur Detailberatung. Wir gehen kapitelweise durch das Budget, ich bitte euch, die Kontonummer jeweils klar anzugeben.

Die Finanzkommission muss ihre eigenen Anträge auch nochmals nennen. Wenn mehrere Anträge zu den gleichen Konten vorliegen, dann werden zuerst die Individualabstimmungen einander gegenüber gestellt und der obsiegende Antrag wird am Schluss zur Abstimmung unterbreitet bzw. dem Antrag des Gemeinderates gegenüber gestellt, dies geschieht nach § 27 des Geschäftsreglements.

## **0 Allgemeine Verwaltung**

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Konto 0290.3144.00, Verwaltungsliegenschaften, übriges, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 94'900.** Die Finanzkommission stellt den Antrag um Streichung von CHF 9'600 für den Neuanstrich des Streusalzsilos. Das Silo wurde im Jahr 2015 neu aufgestellt. Nach Sichtung der Finanzkommission ist dieser Anstrich noch nicht notwendig. Der Hersteller schreibt in seiner Beschreibung zwar, es werde empfohlen, das Silo alle fünf Jahre zu streichen, aber im Vergleich mit anderen Gemeinden sieht unser Silo noch sehr gut aus, und diese haben auch noch keinen Neuanstrich gemacht.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Das Silo wurde im fünf Jahres Service inspiziert und kontrolliert. Im Bericht vom 9. Juli 2019 des Lieferanten, der aus 15 Seiten besteht, empfiehlt er, da der chemische Holzschutz nicht mehr gegeben sei, diesen bis spätestens 2021 zu erneuern. Wenn der Antrag nun angenommen wird, dann sind wir nächstes Jahr wieder damit da, die Gefahr besteht, dass wenn wir den Holzanstrich nicht ersetzen, Feuchtigkeit ins Silo eintritt, das Salz verklumpt und dadurch nicht mehr streufähig ist. Ich bitte dem zuzustimmen, dass wir das machen können, damit das Silo wieder in Ordnung ist.

**Eugen Frunz:** Peter, du hast es richtig gesagt, bis spätestens 2021 müsste man es machen oder? Wenn wir es dieses Jahr machen, dann verlieren wir ein Jahr. Wenn man vom Hersteller her bis ins 2021 warten kann, ist der Intervall grösser. Wenn der Hersteller sagt, dass es ausreicht, wenn man es bis ins 2021 macht, dann könnte man es ein Jahr schieben, es ist nicht gespart, das ist mir völlig bewusst.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Er sagt bis spätestens.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Die Holzhülle ist eine Art atmungsaktiver Verbund und der Hersteller sagt, dass diese Hülle alle fünf Jahre neu gestrichen werden muss, damit die Atmungsaktivität erhalten bleibt. Der Hersteller wird die Hülle im 2021 nochmals kontrollieren, das ist die Aussage, und bis dann muss es gemacht sein. Wir sind der Meinung, dass man das ordnungsgemäss machen sollte, denn es ist ein Salzsilo, das eine relativ aggressive Funktion hat. Deshalb beantrage ich, dass man das drin lässt.

**Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission:** Ich habe mir das Silo angeschaut und habe auch ein Foto davon gemacht, ich kann euch das gerne zeigen. Ich bin der Meinung, dass es noch gut aussieht und der Hersteller empfiehlt einfach, dass man es nach fünf Jahren wartet, das ist aber nur eine Empfehlung und wenn es heisst bis spätestens 2021, dann heisst das für mich 31. Dezember 2021.

**Christian Keller:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann stimmen wir über den Antrag der Finanzkommission ab.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

**Antrag der Finanzkommission: Konto 0290.3144.00, Verwaltungsliegenschaften, übriges, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 94'900. Dieses Konto ist um CHF 9'600 zu reduzieren. Streichung Neuanstrich Streusalzsilos. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 85'300.**

**Dieser Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.**

## **1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**

**Dieter Martin, Gemeindeammann: Konto 1620.3612.00, Zivilschutz, Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindeverbände von jährlich CHF 94'000.** Hier geht es um den Beitrag, den wir an den Verbund ZSO / RFO Region Baden zahlen müssen. Uns wurde es an der Sitzung so verkauft, dass wir viel günstiger als letztes Jahr davon kommen, wir kommen immer noch günstig weg, müssen aber den Betrag auf CHF 114'000 erhöhen. Nachträglich wurde uns ein Verrechnungsfehler gemeldet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Antrag Gemeinderat: Konto 1620.3612.00, Zivilschutz, Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindeverbände von jährlich CHF 94'000. Dieses Konto ist um CHF 20'000 zu erhöhen. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 114'000.**

**Dem Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.**

## **2 Bildung**

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 344'690.** Ich habe das bereits schon detailliert abgehandelt, was hier unsere Überlegungen sind. Es geht darum, dass es sicher noch Sparmöglichkeiten beinhaltet und deshalb wollen wir eine Reduktion im Gesamttotal auf CHF 310'000.

**Christian Keller:** Der Gemeinderat hat dazu bereits anschliessend Stellung genommen.

**Jacqueline Magni:** Ich habe eine Bitte beim Aufrufen der Konten, bitte etwas lauter, damit wir das Konto suchen können, denn manchmal ist es etwas undeutlich.

**Christian Keller:** Danke für den Hinweis.

**Carol Demarmels: Konto 2140.3636.02 Musikschule, Beitrag an Musikschule Region Baden von jährlich CHF 555'000.** Auf Seite 9 haben wir auch eine Erläuterung dazu, vielleicht schaut ihr am Besten dort nach. Es geht um die Beiträge, die Elternbeiträge und auch die Gemeindebeiträge an die Musikschule. Es steht dort, dass wir in den letzten Jahren kontinuierlich eine sinkende Anzahl von Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler haben. Vor einigen Jahren

hat Obersiggenthal die Elternbeiträge erhöht, früher waren es 50 % / 50 %, Obersiggenthal hat nun als einzige Gemeinde einen Elternbeitrag von 60 %. Dementsprechend zahlen die Eltern hier mehr, wenn sie in die Musikschule gehen, denn wir sind ja bei der Musikschule Baden angeschlossen. Die Preise sind sonst bei allen gleich, Baden, Birnenstorf, Gebenstorf etc. Ich habe versucht herauszufinden, warum diese Schülerinnen- und Schülerzahlen gesunken sind, es konnte mir niemand einen Grund nennen. Somit gehe ich davon aus, dass der Grund wirklich die Erhöhung der Elternbeiträge ist. Ich wollte einfach noch einmal darauf hinweisen, denn das ist aus unserer Sicht sehr unerfreulich, dass das gesunken ist. Das heisst ja eigentlich, dass es nur noch den Schülerinnen und Schülern vorbehalten ist, die aus der oberen Mittelschicht kommen, und das ist ja das was wir nicht wollten. Aus unserer Sicht müssten alle motivierten Schülerinnen und Schüler die Musikschule besuchen können.

**Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission:** Du sagst, der Grund sei, dass die Elternbeiträge erhöht wurden. Aber hat man auch schon folgendes geprüft, vielleicht wollen die Eltern die Kinder auch nicht mehr so musizieren lassen, wie man das früher wollte. Dieser Punkt müsste vielleicht auch angeschaut werden. Ich glaube nicht, dass es an den Elternbeiträgen liegt.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Carol, ich möchte etwas korrigieren, es sind 55 % und nicht 60 %, die die Eltern bezahlen. Das haben wir vor zwei oder drei Jahren entschieden.

**Christian Keller:** Ich möchte eigentlich nicht mehr darüber diskutieren, weil kein Antrag dafür vorliegt, somit ist es nicht budgetrelevant, aber ich habe Verständnis für das Anliegen. Vielleicht ist es wirklich so, wie Sandra denkt, die Kinder haben halt heute Handys und keine Zeit mehr zum Musizieren.

**Carol Dermamels:** Ich habe das ja abgeklärt, wie ich gesagt habe.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### Abstimmung

**Antrag Finanzkommission: Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 344'690. Dieses Konto ist um CHF 34'690 zu reduzieren. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 310'000.**

**Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

### 3 Kultur, Sport und Freizeit

**Sandra Hehli, Mitglied der Finanzkommission: Konto 3291.3144.00, Gemeindegaststätte, Unterhalt Hochbauten von jährlich CHF 34'800.** Dabei geht es um den Parkettboden des Gemeindegastsaals, dieser wurde vom Gemeinderat gestrichen oder? Das war auch ein Antrag der Finanzkommission.

**Urs Müller: Konto 3411 Hallen- und Gartenbad von jährlich CHF 515'181.** Wie kommt man dazu, dass der Defizitbeitrag kleiner sein wird wie im Vorjahr? Wir haben ein geschlossenes Hallenbad und wir haben keine Kurse mehr, da müsste doch ein anderer Betrag eingesetzt werden. Die Schule alleine bezahlt ja CHF 90'000 an das Hallen- und Gartenbad.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Ja, ich habe zurzeit sechs oder sieben verschiedene Budgets für das Hallenbad. In dem Moment, als wir die Diskussionen in der Verwaltung und im Gemeinderat abgeschlossen haben, haben wir das eingesetzt, was wir hatten. Zu dem Wissenstand, den wir zu diesem Zeitpunkt hatten, damals gingen wir davon aus, dass wir auch in diesem

Winter baden werden. Das Jahr hört Mitten in der Badesaison auf, wie es nächstes Jahr weitergeht, wissen wir nicht. Ihr werdet an der Informationsveranstaltung sehen, dass wir ein riesiges Problem mit den Personalkosten haben und die machen mehr als 2/3 von den Gesamtkosten aus. Das seriös zu budgetieren ist sehr schlecht, den letzten Stand, den ich mündlich sagen kann ist, wenn man im Normalbetrieb mit einem Defizit zwischen CHF 300'000 bis CHF 400'000 rechnet, rechnen wir jetzt mit einem Defizit von CHF 600'000 bis CHF 700'000, vorausgesetzt, dass das was wir planen umgesetzt wird. Wenn der Einwohnerrat eine Komplett-schliessung beschliesst, dann sinken die Kosten nicht ganz auf null, aber ziemlich weit nach unten. Das werden wir in der November Sitzung nochmals aufzeigen.

**Peter Marten:** Ich möchte aber trotzdem nochmals wegen dem Schwimmbad nachhacken. Vorher haben wir bei einem anderen Budgetposten gesagt, dass das eine Fehlberechnung war, es muss um CHF 20'000 erhöht werden, und hier wissen wir ja eigentlich alle, dass es CHF 100'000, CHF 200'000 allenfalls CHF 300'000 mehr sind. Die Frage darf man schon stellen, weshalb setzt man hier nicht einen Betrag ein, der CHF 150'000 oder CHF 200'000 höher ist. Man weiss es ja jetzt, dass es so herauskommen wird und vorher wusste man es ja auch und hat es gemacht.

**Linus Egger, Vizeammann:** Ins Budget kommen zahlen, die wir mehr oder weniger kennen, diese CHF 20'000 wurden gemeldet, die sind fix. Vom Schwimmbad Budget habe ich noch keine Zahlen, ich weiss, dass das Hallenbad geschlossen ist, und wir wissen nicht wie lange. Heute haben wir ja auch noch weniger Einnahmen und dann geht es in die Prognose hinein. Für das nächste Jahr hat Peter die grösste Mühe, da muss ich ihn in Schutz nehmen, die Zahlen zu erhalten. Wir wissen noch nicht was mit dem Personal ist, wir wissen auch nicht wieviel weniger wir für die Wärme benötigen. Wir müssen nicht nur die Kosten aufrechnen, wir müssen auch Dinge herausnehmen, die billiger sind. Wir haben sicher auch tiefere Wasserkosten usw. Ich habe noch immer die Hoffnung, dass er es bis Ende November 2019 hin bringt, und dann muss es in die Prognose hineinlaufen. Wenn er nun zu mir kommt und mir sagt, ich soll einfach mal CHF 300'000 mehr ins Budget nehmen, dann kommen auch von euch Fragen, wie wir auf die CHF 300'000 kommen. Diese Details haben wir heute noch nicht. Was wir wissen, sind die CHF 1,7 Millionen, aber die sind in den Investitionen, im Aufgaben- und Finanzplan enthalten.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Wir haben Kosten in der Höhe von ca. CHF 800'000, die Einnahmen betragen ungefähr CHF 400'000, von den Kosten sind etwas mehr wie CHF 600'000 Personalkosten. Der Betrieb der Hallenbadgenossenschaft läuft immer ohne irgendwelche Abschreibungen, das ist rein nur der Betrieb, der über die Kasse läuft. Die Einnahmen werden praktisch ab sofort auf null schrumpfen, Untersiggenthal bekommt bereits Geld zurück. Man kann davon ausgehen, das 1/3 bis 1/4 der Einnahmen weg bricht, die Kosten reduzieren sich bei weitem nicht in dem Ausmass, selbst für dieses Jahr kann ich es nicht genau sagen.

Wir haben vier Kassiererinnen im Stundenlohn, die werden natürlich heruntergefahren, aber wir sind vertraglich zu gewissen Leistungen verpflichtet. Wir haben vier Bademeister im Monatslohn, wenn wir diesen heute noch kündigen, dann sind sie Ende Jahr weg. Das wollen wir aber eigentlich im Moment nicht, denn woher bekommen wir die Leute wieder, wenn das Hallen- und Gartenbad wieder offen ist. Die Rechnung ist also schwierig, aber Kosten von CHF 800'000, Einnahmen von CHF 400'000, Personalkosten von ca. CHF 650'000 mit dem spielen wir momentan, das ist der Einfluss aufs Budget.

**Daniela Graubner:** An der Fraktionspräsidentensitzung bin ich auch auf das eingegangen, ich bin schon der Meinung, dass wir eine Zahl in die richtige Richtung einsetzen müssen, wir können es nicht einfach so stehen lassen. Sonst stimmt unser Budget definitiv nicht, das ist das, was ich gemeldet habe, ich erwarte eine höhere Zahl.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Das können wir im November 2019 machen.

**Marco Erni:** Genau aus diesem Grund, wollten wir eigentlich einen Antrag bringen, dass man das Hallenbad heute vor dem Budget behandelt. Weil wir ja heute effektiv nicht über das entscheiden, sondern erst im November 2019. Deshalb haben wir keine Ahnung, was wir ins Budget einsetzen sollen. Ich möchte jetzt auch beliebt machen, dass wir mit diesem Betrag fahren, der jetzt im Budget steht, wir haben wirklich keine Ahnung.

**Daniel Meier:** Wir haben gehört, dass die Personalkosten ein wesentlicher Betrag sind. Gibt es die Idee, dass man das Personal so gut es geht, anderweitig in der Verwaltung, im Baudienst etc. einsetzt? So, dass man zumindest diese Kosten etwas kompensieren kann.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Diese Überlegungen hat man sich gemacht, auch haben wir etwas von Kurzarbeit gehört, diese wurde vom Kanton aber abgelehnt.

**Daniel Meier:** Abgelehnt, wieso denn das?

**Romana Hächler, Gemeindegeschreiberin II:** Wir haben es beim Amt für Wirtschaft eingereicht, die haben es mit der Begründung abgelehnt, es sei keine Kurzarbeit, denn es sei absehbar gewesen, dass das Hallenbad zugemacht werden müsse.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Das ist der Grund, weshalb wir den Termin verschoben haben, damit wir jetzt über das Budget reden, und nicht über das Hallen- und Gartenbad, das zieht endlose Kreise. Es geht nicht darum etwas zu verstecken, denn deshalb planen wir ja auch diese Veranstaltung, damit wir es dort mit allen Beteiligten klar aufzeigen können, wir wissen dann auch einen Monat mehr. Es ist schlicht nicht möglich, euch das im Rahmen einer normalen Einwohnerratssitzung zu vermitteln. Das müssen wir an einer separaten Informationsveranstaltung machen.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

## 5 Soziale Sicherheit

**Walter Vega, Gemeinderat: Konto 5790.3010.00 Fürsorge, übriges, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals von jährlich CHF 333'000.** Wir haben hier eine Abweichung zwischen den Lohnkosten und dem Stellenplan, das ist ein Versehen, bei den Lohnkosten fehlen die CHF 35'200. Beim Stellenplan wurden die 30 % erwähnt. Wie gesagt, das ist ein Versehen, und an dieser Stelle möchte ich mich dafür entschuldigen. Bevor ich zu meinem eigentlichen Antrag komme, hätte ich noch ein paar Ergänzungen oder Erläuterungen.

Ich beginne mit dem Bericht der Finanzkommission, bei Kapitel 5 auf Seite 2 steht folgender Satz, „Im Budget 2020 wird beantragt, die bis 31. Dezember 2019 befristete Stelle (+30 Stellenprozent) in der Abteilung Soziales in eine unbefristete Stelle umzuwandeln. Diese befristete Stelle wurde schon zweimal vom Einwohnerrat für eine Verlängerung bewilligt. Für das Budget 2019 wurde uns noch mitgeteilt, dass diese Stelle sicher nur bis Ende 2019 benötigt wird“. Ich denke, dass das ein Missverständnis ist, denn das ist nicht ganz korrekt formuliert. An der Einwohnerratssitzung vom 26. September 2018 habe ich zwei personelle Themen angesprochen, im ersten Fall ging es um eine temporäre Unterstützung von 60 %, welche bis Ende Juni 2019 terminiert war. Das habe ich auch gesagt, das war wirklich bis Ende Juni 2019, danach haben wir mit dieser Unterstützung aufgehört. Ich vermute, dass die Finanzkommission das meinte. Das zweite waren die 30 % Administration, und dabei habe ich jedes Mal darauf hingewiesen, dass anhand der Fallzahlen die schlussendlich 130 % in der Administration nötig sind. Ich habe nie gesagt, dass es Ende 2019 definitiv fertig ist, das müsst ihr mir zeigen, wo, dass im Protokoll steht.

Noch etwas Allgemeines zur Situation in der Abteilung Soziales. Wir sehen im Budget 2020, dass es im Vergleich zum Budget 2019 gar keine grosse Steigerung gab, es gab nämlich eine

Stabilisierung. Wir streben an, dass sich die Kosten stabilisieren und wir setzen insbesondere auf die Rückerstattungen und aber auch auf die Arbeitsintegration. Das sind die beiden Punkte, auf die wir nun wirklich den Fokus haben, wir wollen, dass wir durch das eine Stabilisierung erreichen. Man hat nie eine Garantie, denn es muss nur ein Fall kommen, der Kosten generiert und das Budget wieder über den Haufen wirft.

Leider haben wir trotzdem noch keine Ruhe im Sozialdienst, die Finanzkommission hat es vorher erwähnt, die Leiterin Abteilung Soziales hat gekündigt und ist bereits, aufgrund noch nicht bezogener Ferien und Überstunden per 23. September 2019 ausgetreten. Wir hatten auch noch einen Krankheitsfall in der Administration, man sieht es ist noch nicht ruhig in der Abteilung Soziales. Der Gemeinderat musste unverzüglich reagieren und hat externe Unterstützung organisiert. Die externe Unterstützung hat als erstes die Dossier von Sabine Barnstorf übernommen, damit das weiterläuft. Dazu gehören auch die ganzen Sozialberichte, die wir an das Familiengericht Baden abgeben müssen. In einem weiteren Schritt unterstützt uns die externe Firma auch bei der Prozessoptimierung, wir haben das auch in der Vergangenheit bereits gemacht, aber es sollen noch weitere Prozesse optimiert werden, um das Ganze wirklich auf Vordermann zu bringen. Wir wollen jetzt nicht sofort wieder mit der Rekrutierung einer Nachfolgelösung beginnen, das haben wir jetzt zweimal gemacht, und wir hatten beide Male etwas Pech. Wir möchten nun zuerst mit der externen Firma arbeiten und parallel dazu wird die Rekrutierung aufgegleist, wir lassen uns auch durch die externe Firma beraten, die haben auch andere Kanäle und erst dann stellen wir diese Person ein.

Was die Kosten der externen Firma betrifft, werden wir im 2019 sicher zusätzliche Kosten haben, weil natürlich der Lohn der bisherigen Leiterin Abteilung Soziales noch weiter bezahlt wird. Aber für 2020 hebt sich das ungefähr auf, denn es wurde noch niemand eingestellt, und die externe Firma ist im Haus und dadurch sollte es keine wesentlichen Zusatzkosten geben. Es ist mir wirklich ein Anliegen, dass man die befristete Stellenbesetzung über die 30 Stellenprozent in der Administration von der Abteilung Soziales in eine unbefristete Stelle umwandeln soll, dadurch hätte die Administration 130 Stellenprozent zur Verfügung. Noch einen Nachtrag von mir, ich habe vorher die Rückerstattungen erwähnt, die Rückerstattung ist ein Thema, das insbesondere auch in der Administration läuft. Ich möchte deshalb beliebt machen, dass man das nicht ablehnt, denn es kann gut sein, dass dann genau die Rückerstattung darunter leiden wird. Die Rückerstattungen sind immer das erste, was man zur Seite schiebt. Zum Zweiten sind wir nun in einer delikaten Situation in der Abteilung Soziales, die Leute sind verunsichert, wenn man dort nun 30 % in der Administration streicht, dann kollabiert das ganze System.

Ich möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, dem Antrag stattzugeben.

**Christian Keller:** Dann würde man das Konto 5790.3010.00 um CHF 35'200 erhöhen. Ist das ein zusätzlicher Antrag?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Nein, das ist kein Zusatzantrag. Die 30 Stellenprozent braucht es natürlich.

**Christian Keller:** Der Stellenplan und das Konto 5790.3010.00 sind natürlich miteinander verknüpft.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Wie geht das jetzt? Die CHF 35'200 haben nichts mit diesen 30 % zu tun, oder?

**Valter Vega, Gemeinderat:** Doch, das sind die 30 %.

**Eugen Frunz:** Doch, die wurden einfach vergessen zu budgetieren.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Weshalb kommt es dann unter nebenamtliches Personal?

**Eugen Frunz:** Ich habe nur noch kurz eine Frage, ich kann mich nicht mehr daran erinnern, aber aus welchem Grund haben wir die 30 % Stelle provisorisch eingeführt, wenn es sowieso klar war, dass die bleibt? Ich kann mich einfach nicht mehr daran erinnern, das ist nur eine Verständnisfrage für mich.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Es war eine Anfrage der Grünen, konnte hier eine Prozessoptimierung erreicht werden, so dass das reduziert werden kann.

**Petra Rutschmann:** Noch eine kurze Ergänzung, zu dem was Walter gesagt hat. Die 30 Stellenprozent waren aus dem Bericht Jenni, es war die Idee, Abläufe im Sozialdienst zu verschriftlichen und festzuhalten, so dass sie standardisierte Abläufe haben. Meiner Erinnerung nach, sind das die 30 Stellenprozent, die wurden das letzte Jahr gebracht, wegen einer ähnlichen Situation wie heute, deshalb wurde es auch bemängelt.

Der Sozialdienst ist offensichtlich, trotz Auslagerung der KESD Massnahmen in massiven Schwierigkeiten. Die Beistandschaften hat man nach Baden gegeben, damit eine Entlastung stattfindet und im Zuge dessen gab es auch Umorganisationen mit Stellenprozenten, es wurde alles neu aufgegleist. Es ist nun so, dass schon wieder Arbeiten, die wirklich zwangsweise von der Gemeinde erledigt werden müssen, nicht erledigt werden können, sprich man beauftragt Externe damit. Es gibt Firmen, die diese Dienstleistungen gerne für gutes Geld anbieten. Gleichzeitig heisst es im Budget 2020, dass der Aufwand der Sozialhilfe tiefer ausfallen würde, das heisst für mich eigentlich, es müsste auf tiefere Fallzahlen schliessen lassen, was irgendwie nicht sein kann, wenn ich die Entwicklung sonst beobachte, das ist für mich ein Fragezeichen.

Die zusätzlichen 30 % Sachbearbeitung wurden, wie bereits gesagt, schon letztes Jahr nochmals verlängert, ursprünglich zum Verschriftlichen der empfohlenen Abläufe. So, dass man eine standardisierte Vorgehensweise hat, die auch von Personen, die neu eingearbeitet werden, genutzt werden kann. Wir hatten vor einem Jahr die Situation, dass es Leitungswechsel, diverse Stellenvakanzen und notfallmässige Abdeckungen durch Springer gab. Heute ist irgendwie wieder die gleiche Situation. Es ist schlicht und einfach so, dass die 30 % vermutlich genutzt werden, um den Betrieb aktuell am Laufen zu halten, so dass das Minimum, das man als Sozialdienst erbringen muss, erbracht werden kann. Die Leitung hat gekündigt und ist schon nicht mehr Vorort, es sind Externe, die eingesetzt werden, das lässt darauf schliessen, dass bei diesem Dienst im Moment nicht gerade die grösste Zufriedenheit herrscht, das wird nicht so ein gutes Klima sein. Die Leute, die noch da sind, werden am Anschlag laufen, und sind auf Notfallmodus und auf alles angewiesen, was sie haben, und wollen sicher nichts hergeben. So, würde ich es von der Situation her einschätzen.

Die Lösung des Gemeinderates ist, wie Walter gesagt hat, mit Externen weiterzufahren, eine Leitung dann irgendwann zu rekrutieren, die das nächste Mal vermutlich länger da bleiben soll, die Situation zu stabilisieren und aufzufangen. Für uns ist es verständlich, dass sie die 30 Stellenprozent im Moment nicht hergegeben wollen. Ich kann mir gut vorstellen, dass es sich bei dieser Situation im Sozialdienst für die Leute die anwesend sind, wie eine Bestrafung auswirkt, wenn man ihnen jetzt auch noch Stellenprozent streicht, die sie für die Aufrechterhaltung der Arbeit brauchen. Bei uns ist noch die Frage aufgekommen, ob es in einer solchen Situation nicht hilfreich wäre, eine Sozialkommission mit Fachkenntnissen zur Verfügung zu haben, die vielleicht bei gewissen Dingen weiterhelfen könnte. Wir stellen uns die Frage, ob es sinnvoll war, dies auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Wir haben diskutiert, ob jetzt 30 % mehr oder weniger, es ist im Moment sowieso schlimm auf dem Dienst, man kann es auch so sehen, dann spielt das auch keine Rolle mehr.

Wir sind zum Schluss gekommen, dass es vermutlich in der heutigen Situation wirklich wie Walter sagt, sehr herausfordernd wäre und man dadurch einen Kollaps dieses Dienstes provozieren würde. Das bedeutet alles Extern, das ist noch etwas teurer, würde ich sagen. Der Sozialdienst erbringt leisten, die man nicht einfach wählen kann, ob man sie erbringen will oder

nicht, die müssen innerhalb einer Frist erbracht werden. Walter hat es angesprochen, wenn die vom Gericht eingeforderten Berichte nicht innert Frist kommen, dann kann das Gericht Ersatzmassnahmen vornehmen und dann werden diese von der Gemeinde bezahlt. Das würde sicher nicht günstiger, wenn das noch schlechter läuft. Was wir sicher vom Gemeinderat fordern ist, dass er sich nochmals Gedanken über den Einsetzungszeitpunkt dieser Sozialkommission macht, ich finde, dass man darüber sicher nochmals nachdenken sollte und nicht einfach sagt, dass man es dann irgendwann mal macht. Bei der Rekrutierung der neuen Leitung wirklich darauf geachtet wird, dass es eine geeignete Person mit Erfahrung ist, die den Dienst auch stabilisieren, leiten und das Team zusammenhalten kann. So, dass nicht die gleiche Situation in einem Jahr wieder vorhanden ist.

Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates die 30 Stellenprozente momentan beizubehalten, weil wir wie keine andere Alternative sehen.

**Peter Marten:** Ich habe im Moment ein kleines Durcheinander, ich dachte, dass wir im Moment in der Budgetberatung sind, in der wir über einzelne Kostenstellen sprechen. Nach der Budgetberatung wird über den Stellenpensenplan diskutiert und dann sollten genau diese Voten kommen, die nun kreuz und quer gekommen sind. Zum den Prozess etwas zu beschleunigen, würde ich vorschlagen, dass wir wenigstens das nun abhacken und die, die das gesagt haben, was sie müssen, das nachher nicht mehr sagen. Dadurch können wir Zeit sparen, denn wenn man es dann nochmals sagt, dann bringt es nichts, sorry, dann haben wir keine Zeit gewonnen. So, dass wir jetzt wieder auf das Budget zurückkommen, aber du bist der Ratspräsident.

**Christian Keller:** Ich versuche es jetzt zu erklären, wie ich es verstanden habe. Versehentlich sind die CHF 35'200 für die 30 % im Budget unter dem Konto 5790.3010.00 nicht enthalten. Wenn wir die 30 % bewilligen wollen, dann müssen wir es jetzt mit hinein nehmen und deshalb lasse ich jetzt die Diskussion darüber laufen. Oder mache ich das falsch?

**Peter Marten:** Von mir aus gesehen wäre dieser Prozess korrekt, wenn der Betrag fehlt. Man hat festgestellt, dass der Betrag fehlt, dann wird dieser jetzt eingefügt, und am Schluss kommt die Abstimmung über die Pensen selber, und dann wird es gestrichen oder nicht. Theoretisch könnte man den Betrag jetzt herausstreichen, und am Schluss bei der Pensendiskussion würden die Pensen dann doch bewilligt, und das wäre falsch.

**Christian Keller:** Gut, wir stecken jetzt mitten in der Debatte, dann müssen wir sie jetzt, meiner Meinung nach auch zu Ende führen.

**Peter Marten:** Dann gehe so weiter.

**Christian Keller:** Ich finde es sinnvoll, wenn wir es jetzt durchführen. Wir segnen ja nachher das Budget ab, und deshalb mache ich es einfach so. Wenn ihr es von am Anfang an gesagt hättet, dass ich es anders machen soll, dann hätte ich es auch anders gemacht. Aber ich finde es jetzt sinnvoller, so weiterzumachen.

**Peter Martin:** Dann ist mein Votum mehr für das künftige Ratspräsidium.

**Lukas Füglistler:** Somit bringe ich nun den Antrag, dass wir das Pensum mit den 30 % nochmals für ein Jahr befristen. Petra hat es gesagt, es war das Ziel, mit diesen 30 Stellenprozent die Abläufe sauber niederzuschreiben und die Effizienz zu steigern, das haben wir nun nicht fertig gebracht. Dies, weil jetzt halt die Leitung nochmals gewechselt hat, es auf der Führungsebene ein Problem ist, dementsprechend bin ich persönlich der Meinung, dass man das mit den 30 Stellenprozent provisorisch erledigen könnte.

**Christian Keller:** Da bin ich nun wirklich der Meinung, dass das nach hinten zum Stellenplan gehört.

**Lukas Füglistler:** Ich hätte es gern nachher gebracht.

**Christian Keller:** Jetzt reden wir nur noch darüber, ob wir die CHF 35'200 ins Budget aufnehmen, und ob das eine provisorische Stelle ist, machen wir nachher. Ist das gut?

**Mia Jenni:** Ich habe nachher schon noch die Möglichkeit, mich zu diesem Punkt zu äussern, sehe ich das richtig?

**Christan Keller:** Befristet oder unbefristet, ja.

**Mia Jenni:** Wir von der SP sind auch der Meinung, dass die 30 Stellenprozent dazu gehören, weil man das vielleicht mal aus einer ökologischen Perspektive andersherum betrachten sollte. 2017 hat die Stadt Winterthur, zusammen mit der ZAHW eine Studie zur Sozialhilfe verfasst, und herausgefunden, dass weniger Fälle pro Sozialarbeiter, zu tieferen Kosten führen. Sie haben die Anzahl von 140 Fällen auf 75 Fälle reduziert, und dadurch haben sich die Nettokosten pro Fall um CHF 1'450 reduziert. Mit der Streichung der 30 Stellenprocente bewegen wir uns als Gemeinde aber genau in die andere Richtung, das ist eigentlich sehr kurzfristig gedacht und wäre auch sehr fatal, wie wir bereits von Petra gehört haben. Ich glaube nicht, dass wir uns das leisten können, dass langfristig im Sozialen noch mehr Kosten entstehen. Lange Diskussionen darüber, ob die 30 % jetzt fix oder nur temporär beschlossen worden sind, bringen nichts, weil es um jetzt geht. Das Jetzt verlangt, dass wir die Fluktuationen beruhigen können, und deshalb stehen wir hinter diesen 30 %.

**Marcel Müller:** Mia, ich weiss nicht ob du damals bereits im Rat warst, diese 30 % wurden für konkrete Aufgaben gesprochen. Wenn wir sie jetzt fix machen, dann sind sie einfach im Personalstand vom Sozialwesen enthalten, das kann man machen, war aber bis jetzt nicht das Ziel. Dann sagen wir, dass es für die Zukunft mehr Leute auf dem Sozialamt braucht, dann macht man es für immer und heute verlängern wir es aufgrund der speziellen Situation, die wir haben. Aber diese 30 % waren dafür vorgesehen, um eine spezielle Aufgabe zu erledigen, und dann sind diese 30 % nicht mehr vorhanden. Wir können es jetzt verlängern, und das nächste Jahr prüfen wir es nochmals, bis dann haben wir vielleicht eine neue Leitung. Vielleicht müsste man auch mal prüfen, ob eine externe Führung nicht sogar grundsätzlich sinnvoller wäre, denn wenn man immer wieder solche Personalprobleme hat, kaufen wir die Dienstleistungen lieber ein, weil es unter dem Strich vermutlich nicht viel teurer kommt, wenn überhaupt, wie wenn wir immer wieder Leute haben, die kommen, gehen oder immer wieder krank sind.

Das muss der Gemeinderat entscheiden, für die Gemeinde ist es einfach blöd, wenn ihr immer wieder rapportieren müsst, wer kommt und wieder geht. Wenn du immer wieder Leute hast, die kommen und gehen, ist vielleicht die Personalauswahl nicht so glücklich, aber es ist auch schwierig.

**Carol Demarmels:** Ich sage nochmals das Gleiche, wie letztes Jahr. Ja, du hast Recht, vor zwei Jahren, war es wirklich so, wir haben die 30 % gesprochen, um eine Prozessoptimierung zu machen. Letztes Jahr wurden uns aber Fallzahlen gezeigt, und ich habe das letzte Jahr bereits auf die § 38 Abs. 4 der Sozialhilfeverordnung hingewiesen. Dieser gibt vor, dass 100 Stellenprocente nur für 100 Fälle verwendet werden dürfen. Das ist ja vorgegeben, und offenbar sind wir mit den Zahlen, die im letzten Jahr gezeigt wurden, bereits am oberen Limit, auch mit diesen 30 %. Meine Frage ist, dürfen wir das überhaupt, dürfen wir bei diesen Fallzahlen einfach unterdotierte Stellenprocente haben?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Wir haben das nach Vorgabe Mangold ausgewiesen, die Kurt Jenni damals gemacht hat. Pro 100 % Sozialmitarbeitende haben wir 80 Fälle genommen und nicht 100 Fälle.

**Carol Demarmels:** Das ist aber die Empfehlung oder?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Ja, das ist die Empfehlung.

**Carol Demarmels:** Das andere ist die Sozialhilfeverordnung, ist das nicht Gesetz?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Dass man 100 Fälle pro 100 % Stelle nimmt?

**Carol Demarmels:** Maximum, mehr darf man nicht, so verstehe ich es, das ist meine Frage.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Mehr als 100 Fälle pro 100 % oder wie? Das hat ja Mia vorher bereits gesagt, dann haben sie noch weniger Zeit, um sich um die Fälle zu kümmern.

**Carol Demarmels:** Aber erfüllen wir das Maximum noch, wenn wir die 30 % streichen, das ist meine Frage.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Die 30 % ist etwas anderes, man muss immer unterscheiden. Es gibt die Sozialmitarbeitenden, dort gilt diese Regel, die wir haben, pro 100 % gibt es 80 Fälle. Pro 100 % Stelle nimmt man ca. 50 % Administration-Stelle, wenn man das zusammenrechnet, dann kommen wir anhand der vorliegenden Fallzahlen ungefähr auf die 130 % für die Administration.

**Christian Keller:** Wurde die Frage geklärt?

**Carol Demarmels:** Also, mir ist es noch immer nicht ganz klar, ob wir das noch erfüllen oder nicht, denn das mit dem Umrechnungsfaktor habe ich gewusst.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Sagst du jetzt, dass wir zu viele Pensen haben oder zu wenig?

**Carol Demarmels:** Nein, ich habe es so verstanden, dass wir am Schluss auch diese Vorgaben nicht mehr erfüllen. So habe ich es im letzten Jahr verstanden.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Wir erfüllen die Vorgaben schon.

**Carol Demarmels:** Wenn die 30 % nun auch noch gestrichen werden.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Nein, wenn sie gestrichen werden.....

**Carol Demarmels:** ...dann erfüllen wir die gesetzlichen Vorgaben nicht mehr.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Ich sage dann einfach, dass wir nicht mehr in der Lage sind, das Gesetz zu erfüllen, ich sage es mal so. Das Gesetz sagt nicht genau, wieviel Prozent man haben muss, aber ich sage einfach, anhand von Vorgabe Mangold, können wir die Fallzahlen nicht sauber bearbeiten.

**Christian Keller:** Ich hoffe, damit ist einigermaßen Klarheit eingekehrt.

**Stefan Semela:** Ich glaube dieses Vorgehen ist jetzt wirklich falsch. Wir haben jetzt zweimal gesehen, dass wir eine falsche Budgetposition haben, ich hoffe es bleibt bei diesen zweimal. Es ist ein Fehler, der Gemeinderat kommt und sagt, dass die Zahl falsch ist, dann wird die neue Zahl genannt, das ist der Budgetantrag und wir stimmen am Schluss über das Budget ab. Über die Stellenprozentente stimmen wir am Schluss ab, wir können jetzt im Budget nicht über die CHF 35'200 abstimmen und nachher beim Stellenplan möchtest du nochmals darüber abstimmen lassen, das geht doch nicht. Es ist ein Korrekturantrag, das ist in diesem Konto nicht CHF 333'000 sondern CHF 370'000 oder was es zusammengezählt ist, und dann gehen wir weiter. So verstehe ich das, wie ein Budget behandelt wird. Ich sehe das Nicken des Gemeinbeschreibers und würde vorschlagen, dass man nochmals zur Klarheit die Zahl des Kontos 5790.3010.00 nennt, dann können sich das alle notieren und dann gehen wir weiter. Über die Pensenerhöhung stimmen wir nachher beim Stellenplan ab, aber nicht jetzt.

Walter soll nun die Zahl zum Mitschreiben nochmals nennen.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Es geht nun um das Konto 5790.3010.00, zu den CHF 333'990 kommen nun noch CHF 35'200 dazu, das ist inkl. Sozialleistungen. Die Sozialleistungen sind weiter unten separat, ich habe einfach nur den Gesamtbetrag.

**Christian Keller:** Nehmen wir das als Korrektur ins Budget auf, wir stimmen jetzt nicht darüber ab, danke für den Hinweis, das hättest du aber auch schon vor einer halben Stunde sagen können, du bist der Jurist.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

## 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

**Ulrich Meier, Mitglied der Finanzkommission: Konto 6150.3141.00 Gemeindestrassen, Unterhalt Strassen / Verkehrswege von jährlich CHF 233'300.** Auf Seite 15 habt ihr im unteren Bereich eine Tabelle, das ist eine Position, die im Moment mit CHF 233'300 im Budget ist. Die Finanzkommission beantragt die Streichung von CHF 40'000 für die Belagsanierung beim Kirchweg. Das ist der Weg hinter dem Friedhof in Kirchdorf, darüber haben wir auch schon gesprochen. Wir haben uns den Weg angeschaut, die Finanzkommission ist der Ansicht, dass die Sanierung zurückgestellt werden kann.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Der Antrag hat Tradition und ist bereits zum fünften Mal im Budget. Wir können es erneut ablehnen, aber die Gefahr wächst, dass wir irgendeinmal jemanden auf der anderen Seite des Friedhofwegs beerdigen. Das Loch wird immer grösser, meine Bemerkung war vielleicht lustig, aber was weniger lustig ist, wenn dort ein Unfall passieren würde. Ihr könnt euch die Situation selber anschauen und befinden ob es nötig ist oder nicht. Wenn zum Beispiel im Winter ein Unfall passieren würde, dann haftet die Gemeinde für Personenschäden. Das Gemeindepersonal wird einvernommen und wird per se beschuldigt, dass sie die Arbeit nicht gemacht haben, vor allem der Baudienst muss nachweisen, dass sie ihrer Unterhaltungspflicht nachgekommen sind, dass sie den Winterdienst korrekt ausgeführt haben. Das wäre alles etwas weniger lustig. Die Frage ist, wie lange wollt ihr das noch vor euch hinschieben, denn es wird nicht besser, die Hälfte des Weges ist heute praktisch nicht mehr brauchbar. Ich bin mir bewusst, dass es keine Autostrasse ist, es ist ja nur ein Fussgänger- und Veloweg, aber gerade bei den Velos, wenn man mit etwas Tempo kommt, wird es gefährlich. Die Verwaltung und auch ich stellen den Antrag, dass wir das irgendeinmal sanieren, dann vielleicht nächstes Jahr, weil wir ja nächstes Jahr noch keine Schulhäuser haben. Ich bitte den Einwohnerrat uns das jetzt zuzugestehen, damit wir das weiterverfolgen können.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich möchte noch aus der Sicht der Friedhofskommission eine Ergänzung machen. Anlässlich der letzten Begehung, damals war ich noch für den Friedhof zuständig, ab 1. Juli 2019 ist es Linus, haben wir uns das angeschaut. Der Friedhofgärtner hat uns gesagt, dass wenn es fest regnet, das Wasser über die Treppen in den Friedhof läuft und das ganze Kies etc. auf die Seite schwemmt. Er hat dadurch jedes Mal Aufwand, den er uns natürlich zusätzlich in Rechnung stellen muss. Das ist auch ein Effekt aus der Lache, die dort jeweils entsteht. Auch im Winter ist es wirklich gefährlich, wenn es gefroren ist. Bezieht doch das auch in eure Überlegungen mit ein und ich würde es unterstützen, dass ihr das bewilligt.

**Denise Hunziker:** Vieles wurde bereits gesagt, aber es ist effektiv Fakt, dass sich in dieser Kuhle sehr viel Wasser ansammelt. Einerseits ist das auf Dauer schlecht für die Strasse und andererseits sicher auch für die Friedhofsmauer. Was mir aber persönlich mehr Sorgen macht ist, dass dort der kantonale Veloweg durchführt und die Strecke wirklich vom Langsamverkehr stark fre-

quentiert wird. Beim Überholen, das habe ich selbst auch schön öfters erlebt, von Fussgängern, wie auch beim Kreuzen von anderen Velofahrern hat man keine andere Möglichkeit, als in die Kuhle hineinzufahren. Gerade im Winter, wenn es gefroren ist, und wir, die in der Nacht das Licht ausschalten, hat man trotz Velolampe keine Chance hat, die Kuhle zu sehen. Ich finde, dass kann wirklich zu gefährlichen Situationen führen oder sogar zu Unfällen, wie es Dieter vorher gesagt hat. Zudem hat es dort einen Eingang zum Friedhof, der aus unserer Ansicht jedem unbeschwert zugänglich sein sollte, vor allem auch für Leute mit Rollatoren. Ich persönlich weiss aus meinem Job, dass sehr viele unserer Klienten mit dem Auto bis zum Seiteneingang gefahren und dort abgeladen werden, weil es häufig der nähere Weg zum Grab ist. Die geheingeschränkten Leute können die Strecke vom Haupteingang bis zum hintersten Grab zum Teil nicht mehr laufen, möchten aber den verstorbenen Partner trotzdem noch besuchen können. Ich finde, es sollte gewährleistet sein, was es momentan zum Teil aber wirklich nicht ist. Aus Sicht der SP Fraktion ist die Sanierung sicherheitsrelevant und zwingend und deshalb werden wir gegen diese Streichung stimmen.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

### **Abstimmung**

**Antrag der Finanzkommission: Konto 6150.3141.00, Gemeindestrassen, Unterhalt Strassen / Verkehrswege von jährlich CHF 233'300. Dieses Konto ist um CHF 40'000 zu reduzieren. Streichung Belagsersatz Kirchweg Friedhof Kirchdorf. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 193'300.**

**Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.**

### **7 Umweltschutz und Raumordnung**

**Sandra Hehli, Mitglied der Finanzkommission: Konto 7101.3199.00, Wasserversorgung, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 10'050.00.** Das Wasserwerk möchte im nächsten Jahr im Mai am Tag der offenen Tür der EGS mitmachen, deshalb hat es den Antrag gestellt und dafür CHF 10'000 im Budget eingesetzt. Leider wurde uns vom Gemeinderat bis zum heutigen Tag nicht mitgeteilt, für was die CHF 10'000 sein sollen. Die Finanzkommission wollte wissen, ob sie eine Liste haben und für was das Geld ausgegeben werden soll. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten, weil sie es vermutlich selber nicht wissen. Daher beantragen wir das Konto um CHF 10'000 auf CHF 50 zu kürzen. Wir vertreten die Ansicht, dass sich die Wasserversorgung an der Gewerbeausstellung UNDOB bereits schon gut präsentieren konnte und das am Tag der offenen Tür nicht nochmals notwendig ist.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Die Wasserwerke konnten sich in diesem Jahr an der UNDOB präsentieren und hatten einen sehr grossen Zulauf, die Bevölkerung hat sich sehr dafür interessiert, es war ein grosser Erfolg. Dies war bevor wir Rückstände im Wasser gefunden haben. Im nächsten Jahr wird die EGS für die, von ihnen gemachten Umbauten einen Tag der offenen Tür machen, dazu gehört auch die Einweihung der neuen technischen Halle. Diese Halle wird zu 3/4 von unseren Wasserwerken belegt und somit entstand die Idee, dass man sich dort als Wasserversorgung Obersiggenthal wieder präsentieren will, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was man kann, was man ist und was man hat. Vielleicht ist es momentan sogar noch etwas speziell mit der Vergiftung, die man im Wasser hat. Man kann aufzeigen, weshalb das eigentlich kein Problem ist und warum man mit der Berichterstattung auch schnell an die Öffentlichkeit ging. Es ist richtig, die EGS ist an der Planung, es wurde bereits ein Datum im Mai 2020 festgelegt, aber was konkret geplant ist, weiss man noch nicht, eine Liste dazu gibt es tatsächlich noch nicht. Man ist noch in der Planungsphase, möchte aber einen Tag der offenen Tür gestalten. Wir wären froh, wenn sich die Wasserwerke dort auch präsentieren dürften.

**Christian Buser, Mitglied Wasserkommission:** Es geht hier nicht darum 2'500 Bratwürste zu verteilen. Wir haben es mit dem Antrag gesehen, Wasser ist ein wertvolles Gut, ein Gut das Schutz bedingt. Damit man es gut schützt, braucht es eine Sensibilisierung und diese Sensibilisierung bringen wir nicht damit hin, indem wir viermal im Jahr eine Rechnung versenden, mit der wir etwas über Qualität und die französischen Härtegrade erzählen. Diese Sensibilisierung erreichen wir, indem wir Leute aktivieren, die kommen und sehen was dahinter steckt, und was für ein Privileg wir haben. Dabei haben wir die Chance den Leuten aufzuzeigen, was alles noch kommen wird. Im Aufgaben- und Finanzplan haben wir zum Beispiel ein Reservoir Rieden mit rund CHF 700'000, wir haben ebenfalls das Gegenreservoir Hertenstein, das sind nochmals relevante Pakete an Investitionen, die kommen werden. Ich denke, dass es deshalb sinnvoll wäre, wenn wir die Chance wahrnehmen, um frühzeitig zu informieren um die Projekte später gut herüberzubringen. In diesem Sinne, bitte ich euch den Betrag zu unterstützen, damit man etwas zu Gunsten des wertvollen Gutes Wasser machen kann.

**Peter Marten:** Auch hier verstehe ich es nicht. Wenn die Finanzkommission X Fragen stellt, weshalb kann man nicht im Vorfeld sagen, was für Ideen bestehen. Jetzt kommen die Erklärungen, das kann doch alles im Vorfeld gemacht werden, dann würde die Finanzkommission den Antrag unter Umständen gar nicht stellen. Das hätte man besser lösen können.

**Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission:** Übrigens Peter, es ist nicht nur bei diesem Posten so, wir haben heute Abend gemerkt, dass es bei vielen anderen Anträgen auch so war. Als wir das Budget 2020 mit dem Gemeinderat besprochen haben, haben wir keine Auskunft erhalten, sie wissen nichts und jetzt plötzlich kommen sie mit Details. Es ist etwas frustrierend für die Finanzkommission, aber das ist ein anderes Thema, das schauen wir später noch an. Wir von der Finanzkommission sagen nicht, dass sich die Wasserwerke nicht am Tag der offenen Tür der EGS präsentieren sollen, wir finden die CHF 10'000 einfach einen extrem hohen Betrag. Wir wären auch dafür, dass man den Betrag kürzen könnte, oder man verkauft Würste oder Getränke, aber es steht kein Plan. Deshalb haben wir beantragt, das Konto um CHF 10'000 zu kürzen.

**Erich Schmid:** An die Finanzkommission, die Streichung um CHF 10'000 auf CHF 50 das könnt ihr machen, aber bei CHF 50 denke ich liegen die Würste vermutlich nicht drin. Es ist so, wir haben in der Wasserkommission keinen konkreten Plan. Es ist wie Huhn und Ei, sagen wir zuerst was wir alles machen wollen und investieren eine Stunde und merken danach, dass wir das Geld dazu gar nicht erhalten, oder geben wir eine Bauchzahl hinein. Was wir bei der UNDOB festgestellt haben ist, dass das Konto ausreichen wird, aber es wurden auch Stunden auf die allgemeinen Konten geschrieben, es ist schlussendlich linke Hosentasche und rechte Hosentasche. Wenn wir CHF 10'000 zur Verfügung haben, dann werden wir nicht versuchen einfach CHF 9'900 auszugeben, sondern wir werden etwas Sinnvolles machen. Wir haben uns überlegt, ob wir zum Beispiel das neue Abwasserwerk im Trottenacker einbinden sollen. Peter hat gesagt, die CHF 10'000 seien eine Hausnummer, das ist so, es ist kein Detail, bei dem wir gesagt haben, dass wir 500 Paar Würste und einen Bus zum hin und her fahren brauchen. Die Ideen werden sicher vorhanden sein. Wenn man kürzt, dann beantragt eine Kürzung, aber auf CHF 50 würde ich nicht empfehlen, das ist nicht die intelligenteste Kürzung.

**Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission:** Die CHF 50 haben auch nichts mit dem Tag der offenen Tür zu tun.

**Erich Schmid:** Das ist so, das ist mir schon klar.

**Sandra Hehli, Mitglied Finanzkommission:** Es stand explizit CHF 10'000, die CHF 50 sind für Übriges und wenn du dir das Budget 2019/2018 anschaust, waren die CHF 50 auch drin.

**Erich Schmid:** Ja, aber ihr könnt den Tag der offenen Tür durchführen, aber ohne Geld, das ist etwas komisch.

**Christian Keller:** Hält die Finanzkommission an ihrem Antrag fest, die CHF 10'000 zu streichen?

**Sandra Hehli, Mitglied der Finanzkommission:** Ja

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag der Finanzkommission: Konto 7101.3199.00, Wasserwerk, Übriger Betriebsaufwand von jährlich CHF 10'050. Dieses Konto ist um CHF 10'000 zu reduzieren. Streichung Betrag für Tag der offenen Tür der EGS. Der Budgetbetrag beträgt neu CHF 50.**

**Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

### **8 Volkswirtschaft**

\_\_\_\_\_

Keine Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **9 Finanzen und Steuern**

\_\_\_\_\_

Keine Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

**Christian Keller:** Wir kommen zu den Eigenwirtschaftsbetrieben, Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung.

**Eugen Frunz:** Ich habe noch eine Frage, die ist mir erst heute eingefallen, deshalb habe ich sie nicht vorher gestellt. Einen Wartungsvertrag der Unterflursammelcontainer für die Glasentsorgung, das habe ich schon einmal gefragt, hat unsere Gemeinde nicht oder? Wir hatten es vorher vom Salzsilo, betreffend Sicherheit. Man sollte aber auch daran denken, die Unterflursammelstellen regelmässig zu warten, darin hat es Ketten, an denen der Deckel hängt und darauf stehen zwei Tonnen Glas. Man schwenkt mit diesen Container über die Strasse über die Fahrzeuge und wenn das von oben herunterkommt, ist das auch nicht so gut. Andere Gemeinden haben solche Wartungsverträge, bei denen die Firmen vorbei kommen um die Sicherheit zu prüfen. Es ist kein Sparantrag, kostet schlussendlich mehr, aber hier geht es auch mehr um die Sicherheit oder darum, dass die Container schlussendlich länger leben und nicht ersetzt werden müssen, weil sie kaputt sind.

**Christian Keller:** Wir haben noch den Stellenplan. Die 30 % wurden diskutiert, wir stimmen noch über den Antrag der Finanzkommission ab.

Wir kommen zu den Anträgen der Finanzkommission.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag der Finanzkommission: Der Steuerfuss von 105% bleibt unverändert.**

**Theo Flückiger:** Es wurde bereits angekündigt, wir werden folgenden Antrag stellen, die Fraktion der SP beantragt eine Steuerfusserhöhung von 105 % auf 110 %. Die Finanzkommission schreibt, dass das prognostizierte Ergebnis für das Jahr 2019 deutlich negativ gegenüber dem Budget 2019 ausfallen wird. Des Weiteren wurde uns aufgezeigt, dass auch für das Jahr 2020 mit einem negativen Ergebnis von einer halben Millionen gerechnet wird. Es ist aber auch klar ersichtlich, dass es mit dem Bad, die Schliessung ist nun Fakt ebenfalls negative Zahlen geben wird. Wir haben diverse Dinge, bei denen wir die gewünschten Zahlen nicht erreichen. Deshalb stellen wir uns die Frage, was den Gemeinderat zu dieser plötzlichen Kehrtwendung veranlasst. Die abwartende Haltung des Gemeinderates ist für uns nicht nachvollziehbar, die Steuerfusserhöhung war angekündigt. Aus unserer Sicht eigentlich gut gemacht, indem man das lange voraus ankündigt, damit sich die Bevölkerung darauf einstellen kann. Wenn man nun so kurzfristig wieder umschwenkt, ist das ein komisches Signal. Da kann man sich fragen, was hier eigentlich die Strategie des Gemeinderates ist, und es entsteht ein wenig der Eindruck, dass wir es offensichtlich doch nicht nötig haben, die Steuern zu erhöhen. Das wäre sicher ein falsches Signal. Wenn man die Verschuldung pro Kopf der nächsten fünf Jahre anschaut, die von CHF 2'300 auf CHF 3'850 ansteigen soll, dann sind das keine Steuern auf Vorrat, dann ist es ein Fakt, dass wir das einfach brauchen. Wir sollen keine Steuern einziehen, wenn wir keine konkreten Projekte haben, das hast du vorher angesprochen. Beim Schulhaus gibt es Planungskredite, die gesprochen sind. Wenn wir jetzt plötzlich sagen, dass wir das Schulhaus nicht mehr wollen, dann haben wir dort schon ziemlich viel Geld in den Sand gesetzt. Das Schulhaus ist im Aufgaben- und Finanzplan, wir kennen diese Zahlen, da hätte man schon längst einen Schlussstrich ziehen sollen, wenn wir das Schulhaus nicht wollen. Das sind Projekte, die am Laufen sind. Das ist das eine und zum anderen haben wir das Bad, das kostet uns so oder so. Wenn wir jetzt sagen, dass wir die Investition in den Unterhalt des Bades machen, dann ist das das eine, aber wenn wir das nicht machen, dann müssen wir dieses Bad abreisen, und das sind auch erhebliche Kosten, die auf uns zukommen werden, diese Kosten kommen sowieso.

Von dem her wissen wir genau, dass uns Kosten erwarten werden, wenn wir das Bad abreisen, dann haben wir massive Investitionen für die Infrastruktur des Sportunterrichts. Deshalb sind viele Gründe vorhanden, damit wir nicht sagen können, dass wir Geld herholen, und wir nicht wissen, was kommen wird. Wir wissen, dass Kosten kommen, wir können es aber noch nicht mit der letzten Zahl beziffern. Für uns ist ganz klar, dass es diese Steuerfusserhöhung jetzt braucht, weil wir bereits jetzt ein Problem haben.

**Eugen Frunz:** Ich habe noch eine Anmerkung. Du sagst, dass wir hier drin schon lange den Schlussstrich hätten ziehen sollen, oder wir haben bereits schon ja dazu gesagt. Du hast recht, wir 40 haben dazu ja gesagt, aber das Projekt ist erst dann bewilligt, wenn auch das Volk dazu ja gesagt hat. Jetzt sagst du ihr müsst mehr Steuern zahlen, weil ihr dann ja zum Schulhaus und zum Schwimmbad sagt. Das finde ich eine eher schwierige Begründung, denn das Volk muss auch ja sagen, wenn wir das Schwimmbad abbrechen, das Volk muss zu allem ja sagen. Sie müssen auch ja zu diesen Steuern sagen, aber jetzt ist noch nichts bewilligt und dem Volk liegt auch noch nichts vor, dass sie bewilligen können, ausser den höheren Steuern.

**Theo Flückiger:** Der Planungskredit für das Schulhaus ist gesprochen, wenn es die Leute nicht gewollt hätten, hätten sie das Referendum ergreifen können. Es gibt nur diesen Weg für das Volk.

**Eugen Frunz:** Den Kredit musst du dem Volk vorlegen, und wenn sie dann nein sagen, dann ist nein, ob sie das Referendum ergriffen haben oder nicht.

**Theo Flückiger:** Man kann erst einen Kredit vorlegen, wenn das Projekt ausgearbeitet ist. Es ist ganz klar, der Projektkredit ist noch nicht bewilligt. Aber wenn man hunderttausende von Franken für eine Planung ausgibt, aber weiss, dass man das Projekt nicht will, dann macht man sich schon etwas lächerlich.

**Marcel Müller:** Ich glaube, dass wir hier schon eine kleine Dezenz haben. Eine Planung ist eine Planung, ich habe auch schon im Privaten Geld für etwas ausgegeben und habe es dann doch nicht gemacht. Ich glaube, viele hier drin haben schon Geld ausgegeben und sich danach überlegt, auch wenn ich jetzt halt CHF 2'000 dafür ausgegeben habe, das abgeklärt und abgewogen habe, mache ich das halt jetzt nicht. Das ist völlig normal. Im Grundsatz wollen wir ja das Garten- und Hallenbad, aber wir müssen noch wissen, was es kosten wird, damit wir mit einer sauberen Vorlage vor das Volk können. Wir hoffen von unserer Seite her, dass das Volk das legitimiert. Es ist so wie beim Goldiland, da gebe ich Linus völlig recht, das wurde vom Volk legitimiert. Wenn das Volk sagt, dass es das will, und die Steuererhöhungen in Kauf nimmt, dann ist es legitimiert. Nur weil wir jetzt einen Planungskredit gesprochen haben, muss nicht alles andere auch kommen. Nein, mit uns wird das nie so laufen. Die grossen Projekte müssen vor das Volk, das Volk sagt ja oder nein, dadurch ist es breit abgestützt, wir haben keine Salamtaktik, eine saubere Vorlage, wozu wir hoffentlich im Einwohnerrat bereits ja sagen können.

Was ich in eurer Argumentation aber nachvollziehen kann ist, es ist so, wir haben eine halbe Million Defizit, und es stellt sich wirklich die Frage, wie wir das machen sollen. Aber uns ist es auch sympathisch, denn wir wollen vor allem beim Hallen- und Gartenbad, bei dem es eine gewisse Dringlichkeit gibt, ein Gesamtprojekt zur Abstimmung haben. Wenn wir das haben und der Einwohnerrat ja dazu sagt, geht es vor das Volk, die Legitimation ist vorhanden, dann kann mit dem Bau oder Umbau begonnen werden.

**Erich Schmid:** Grundsätzlich habe ich sehr grosses Verständnis für den Antrag der SP mit den plus 5 %. Ich denke aber, wir hier drin wissen, dass wir die 5 % auf kurz oder lang brauchen werden, aber die Sicherheit, dass es dann wirklich 5 % sind, und nicht 4 % oder 6 % haben wir nicht. Was man sich einfach bewusst sein muss ist, dass das Volk dem plus irgendetwas, ich sage jetzt mal 5 % zustimmen muss. Der Betrag muss mit den laufenden Projekten, sei es mit dem Schwimmbad oder dem Schulhaus genau ausgewiesen werden können. Ich habe wirklich Verständnis für solche Ansichten, aber ich denke, wenn wir nächstes Jahr 5 %, wir können auch sagen 4 % die Steuern erhöhen, dann kommen wir vier oder fünf Jahre später auf denselben Betrag. Wir müssen einfach die Sicherheit haben, dass die 5 % voraussichtlich ausreichen. Deshalb verstehe ich den Gemeinderat, wenn er das erst ein Jahr später machen will, wenn die Dinge besser und klarer auf dem Tisch sind.

Dass die Steuererhöhung nötig ist, das ist klar. Marcel hat vorher von 115 % gesprochen, das verstehe ich nicht ganz, aber ist egal, ich muss im Leben nicht alles verstehen. Ich habe kein Problem damit, wenn wir hier entscheiden, nächstes Jahr die Steuern zu erhöhen, aber ich würde es besser finden, wenn wir das erst ein Jahr später machen würden. Was wir auf jeden Fall verhindern müssen ist, dass wir salamtaktikmässig jetzt 5 % und danach in drei oder zehn Jahren nochmals 5 % erhöhen. Wenn Aarau weiterhin so entscheidet, dann brauchen wir 5 % ohne dass wir etwas investieren.

Ich, für mich, wenn ich nicht weiss, was ich machen soll, dann mache ich ein Tabelle und manchmal macht man dann auch noch ein Grafik daraus. Was man sagen kann ist, dass die Finanzpläne, die wir haben, immer relativ pessimistisch sind. Ich meine nicht den Jetzigen, aber in den vergangenen 18 Jahren, in denen ich nun bereits dabei bin, war es immer so, dass wir schlussendlich weniger Schulden hatten. Dies, weil sich vielfach etwas verzögert. Die Notwendigkeit des Schwimmbads ist klar, aber wenn wir uns das anschauen, das Schulhaus hätten wir bereits, mit Bezug im 2019 oder 2020 vor drei Jahren bauen sollen. Diese CHF 3 Millionen wurden drei Jahre nach hinten geschoben, wir schieben also tendenziell. Das Gleiche haben wir bei den Strassen, ich wäre erstaunt darüber, wenn wir alle Strassen in der geplanten Zeit bauen würden. Das Erste was ich mir im Aufgaben- und Finanzplan anschau ist, wieviel wir geschoben haben. Deshalb denke ich, dass für die Debatte mit den 5 % im nächsten Jahr der richtige Zeitpunkt ist.

**Markus Renggli:** Ich brauche hier etwas Nachhilfe. Unsere Gemeinde ist beim Finanzausgleich momentan Nettozahler? Das heisst, wenn wir jetzt höhere Steuereinnahmen ohne entsprechende Projekte haben, werden wir noch mehr zum Nettozahler oder liege ich da falsch? Was hat es für uns für Auswirkungen?

**Linus Egger, Vizeammann:** Ihr sieht, dass es herunter geht. Eines vom Wichtigsten ist das Steuersubstrat. Untersiggenthal hat den gleichen Steuerfuss wie wir, die erhalten aber CHF 600'000, wir zahlen aber CHF 500'000. Im Finanzplan ist aufgezeigt, wenn wir mit dem Steuerfuss hinauffahren, dann reduziert sich die Zahl von rund CHF 500'000 auf ungefähr CHF 350'000.

**Markus Renggli:** Die Gemeinde spart also, wenn wir mehr Steuern einnehmen.

**Eugen Frunz:** Entschuldigung, aber das was Markus gemeint hat ist, ob es eine Auswirkung hat, wenn wir mehr Steuern haben, ohne dass wir eine grosse Investition tätigen. Also nächstes Jahr würde es ja nicht steigen, weil wir nur einen höheren Steuerfuss aber keine grossen Investitionen haben.

**Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen:** Beim Finanz- und Lastenausgleich ist der Finanzteil ein Teil davon, es gibt auch noch einen Ausgleich, was die Sozialhilfe etc. betrifft. Es geht um die Steuerkraft, die auf 100% umgerechnet wird. Das heisst, dass es keinen Einfluss hat, wenn wir mehr einnehmen. Es ist die Steuerkraft, die ausgeglichen wird.

**Markus Renggli:** Und was ist die Steuerkraft?

**Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen:** Man rechnet es wirklich auf 100 % um, wie wenn man 100 % bezahlen würde, es wird nur das angeschaut. Ob der Steuerfuss darüber oder darunter ist, es werden dadurch auch die gestrafft, die tiefer fahren, die nehmen sich dadurch eigentlich das Geld selber weg. Sie haben dadurch weniger Einnahmen, sie müssen trotzdem gleichviel in den Ausgleich bezahlen. Dahinter stehen ganz komplizierte Berechnungen, es macht wirklich nichts aus.

**Marco Erni:** Nehmen wir jetzt mal an, dass das Hallenbad und auch das Schulhaus vom Volk abgelehnt wird, das wäre ja eine Katastrophe. Aber, wenn das eintritt, könnte man ja den Steuerfuss wieder heruntersetzen, oder? Man könnte den Steuerfuss jetzt durchaus mit gutem Gewissen erhöhen und falls alles abgelehnt wird, wieder reduzieren. Es gibt ja beide Richtungen, die möglich sind.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag der SP: Der Steuerfuss soll von 105 % auf 110 % erhöht werden.**

**Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimme und 1 Enthaltung abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Der Steuerfuss von 105 % bleibt unverändert.**

**Dem Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Die Summe der von der Gemeinde entlohten Mitarbeitenden von Total 59.30 Pensen sei abzulehnen und auf Total 59.00 Pensen festzusetzen.**

**Peter Marten:** Wir haben noch einen Antrag für eine Befristung, wie sieht das aus, wann stimmen wir über diesen Antrag ab?

**Christian Keller:** Ich denke, darüber stimmen wir ab, wenn wir diese Frage geklärt haben, denn wenn der Antrag der Finanzkommissionen angenommen wird, müssen wir gar nicht darüber abstimmen.

**Peter Marten:** Aber es könnte ja auch sein, dass wenn die Befristung nicht angenommen wird, ich dagegen bin.

**Christian Keller:** Ja, da hast du recht, dann machen wir zuerst den Antrag der SVP.

**Erich Schmid:** Wir haben mal gesagt, dass wir nur über die Befristung diskutieren und dann beim Stellenplan darüber abstimmen. Die Diskussion über die Befristung ist noch ausstehend.

**Christian Keller:** Ja, das ist richtig, die ist noch ausstehend. Die zum Antrag der SVP ist eröffnet.

**Antrag der SVP: Das Pensum auf dem Sozialdienst wird für ein weiteres Jahr provisorisch mit 30 % genehmigt.**

**Erich Schmid:** Ich habe mir auch überlegt, ob es die Lösung ist, die 30 % nochmals für ein Jahr zu bewilligen. Wir haben dann einfach irgendwann ein Providurium, wir schieben das jetzt einfach vor uns hin, und es ist, glaube ich bereits das 3. oder 4. Jahr in dem wir die 30 % haben. Ich denke, dass wir wirklich irgendwann das Problem haben, und jedes Mal darüber diskutiert wird. Ich habe das Gefühl, dass der Sozialdienst ein Problem ist, und wir müssen diesen Leuten nun wirklich die Möglichkeiten geben, um nachhaltig zu Arbeiten. Ich bin mir nicht sicher, ob ich mich als Abteilungsleiter Sozialdienst bewerben würde, wenn ich nicht weiss wie viele Leute ich ungefähr habe.

Ich bin deshalb dafür, dass wir das Provisorium für ein weiteres Jahr ablehnen und das festsetzen.

**Lukas Füglistner:** Ich wiederhole mich gerne nochmals. Die Leitung hat gekündigt, sie ist bereits weg, schlussendlich fehlt es an der Führung. Ich gebe dir Recht Erich, irgendwann ist es ein Providurium, irgendwann ist es nicht mehr glaubwürdig. Jetzt haben wir die Situation, dass die Leitung gegangen ist, und die Gefahr besteht, dass die, die eine Stufe weiter unten sind, sich irgendwann dazu entschliessen auch zu gehen. Somit verliert die Gemeinde noch mehr Substanz. Das Ziel müsste aber sein, und ich denke, dass das auch im Sinne von Walter Vega ist, er hat gesagt, dass Potenzial zur Prozessoptimierung vorhanden ist, dass diese 30 % nicht mehr gebraucht werden. Ich persönlich bin nicht der Meinung, dass man diese 30 % jetzt einfach mal gibt, danach jemandem etwas wegzunehmen ist schmerzhaft. Wenn wir diese 30 % nun nochmals befristen, haben wir nochmals ein Jahr lang die Chance, ich hoffe, dass der Gemeinderat, zusammen mit der Verwaltung die Chance mit den 30 % nutzt um innerhalb dieses Jahres eine Struktur hinzubringen, die getragen werden kann. Das sollte das Ziel sein.

**Petra Rutschmann:** Walter Vega hat zu diesen 30 % meiner Meinung nach gesagt, dass er der Ansicht ist, dass es diese aufgrund der Fallzahlen dauerhaft braucht. Das hatte er letztes Jahr bereits erwähnt. Wir haben es einfach ursprünglich für die Planung der Prozesse eingesetzt. Aufgrund der Fallzahlen, so wie sie es gerechnet haben, kann man die 30 % auch durchaus fix einrechnen.

Die Sachbearbeitung ist auf dem Sozialdienst eine unterstützende Tätigkeit, dass sind nicht die, die die Arbeit organisieren und die Hauptarbeit machen. Sie machen viele unterstützende Dienste, die sehr wichtig sind, die vor allem auch in Bezug auf die Rückerstattungen

sehr wichtig sind. Walter hat es auch bereits angesprochen, Rückerstattungen in der Sozialhilfe ist ein verflixtes Geschäft, dort muss man wirklich Erfahrungen haben, muss die Leute kennen und muss manchmal auch noch etwas Glück haben. Aber man braucht vor allem Leute, die dran bleiben und das regelmässig sichten und sehr zuverlässig machen, das ist eine klassische Sachbearbeitungsstelle, das können die Sozis nicht so gut.

Es schadet nichts, wenn man in die Sachbearbeitung, sollte die neue Leitung installiert sein, alles bestens laufen und die Prozesse alle verschriftlicht sein, noch 10 % oder 20 % steckt. Damit können, die im Moment marginal bis gar nicht bewirtschafteten Dinge, wie Rückerstattungen oder Überprüfungen der subsidiären Leistungen, die eingeholt werden können, erledigt werden. Es ist nicht so, dass die 30 % einfach Luxus sind.

**Mara Jenni:** Wir sind von Lea Schmidmeister, Grossrätin der SP Wettingen, die beruflich mit unserem Sozialdienst zu tun hat, kontaktiert worden. Sie sagt, der Grund sei nicht, dass ineffizient gearbeitet wird, sondern es ist einfach zu viel Arbeit vorhanden. Jede Person, die in irgendeiner Weise schon mit dem Sozialdienst zu tun hatte, weiss, dass eine Effizienzsteigerung einfach so nicht möglich ist, wie man sich das von anderen Prozessen vorstellt. Ich glaube, dass es deshalb fatal wäre, wenn man das immer wieder provisorisch bewilligen und dann irgendwann man abschaffen würde. Wir müssen jetzt einfach dazu stehen, dass wir diese 30 % benötigen.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag der SVP: Das Pensum auf dem Sozialamt wird für ein weiteres Jahr provisorisch mit 30 % genehmigt.**

**Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Die Summe der von der Gemeinde entlohnten Mitarbeitenden von Total 59.30 Pensen sei abzulehnen und auf Total 59.00 Pensen festzusetzen.**

**Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von + 0,6 % sei abzulehnen. Die Finanzkommission beantragt eine Lohnerhöhung von 0,3 %.**

**Carol Demarmels:** Die SP Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission zur Kürzung der budgetierten Löhne nicht zustimmen und wir unterstützen den Gemeinderat für die Lohnanpassung von 0,6 %. Ich habe den Vergleich erstellt, das eine ist der Vergleich mit der Teuerung, das hast du vorher schon angesprochen. Wenn ich mir die Teuerung 2016 bis Prognose 2020 anschau, dann ist die 1,9 %. Wenn ich mir die Lohnanpassungen in Obersiggenthal für den gleichen Zeitraum ansehe, dann sind wir, selbst wenn wir bei 0,6 % bleiben, bei 1,6 % im Vergleich zu den 1,9 %. Somit liegen wir mit den 0,6 % unter der Teuerung. Wenn ich es mit dem Kanton und den umliegenden Gemeinden vergleiche, diese beantragen für das Budget eine Lohnanpassung von 1 % oder sogar 1,8 %. Vor zwei Jahren habe ich mir bereits die Lohnentwicklung in der Verwaltung angeschaut und habe sie zum gesamtschweizerischen Vergleich hinzugezogen. Marcel, du hast mich damals darauf aufmerksam gemacht, dass ich das doch bitte auch für die Privatwirtschaft, insbesondere für die Banken machen soll. Deshalb habe ich es jetzt so gemacht, wenn ich mir den gesamten 3. Sektor, dazu gehört

auch die Verwaltung über den Zeitraum 2016 bis 2019 anschauen, erwarten wir bis Ende 2019 ein gesamtschweizerisches Plus von 2,2 %. Bei Obersiggenthal haben wir im gleichen Zeitraum 1 %. Beim Finanzwesen sind wir weit darüber, alleine im Jahr 2018 haben wir 1,4 %, also alleine im 2018 war die Lohnanpassung im Finanzsektor grösser als bei uns in den letzten vier Jahren zusammen.

Wenn wir es jetzt bei 0,6 % lassen, dann verdienen unsere Angestellten noch immer weniger, als der Teuerungsausgleich im Vergleich seit 2016, weniger als die durchschnittliche Lohnentwicklung der Schweiz im gesamten 3. Sektor seit 2016, weniger als die Finanzbranche nur im 2018 und weniger als die beantragte Lohnentwicklung vom Kanton und der umliegenden Gemeinden. Jetzt kann man natürlich entgegennehmen, dass die Vergleiche sicher stimmen, aber wir das Geld dafür nicht haben. Du hast vorher gesagt, dass es angesichts des Budgets nicht angebracht sei. Das ist verständlich, ist auch für mich verständlich, aber auch hier befürchte ich, dass wir mit längerfristig unterproportionalen Anpassungen eher das Gegenteil bewirken, denn ich bin nicht die Einzige, die diesen Vergleich macht, die Angestellten von Obersiggenthal werden diesen Vergleich bestimmt auch machen. Sie kommen dann eventuell zum Schluss, dass die Arbeit in Obersiggenthal einfach nicht so attraktiv ist. Kündigungen und Stellenneubesetzungen kosten Geld, der Knowhow Verlust ist sowieso nicht messbar und schlussendlich sehe ich das Risiko, dass wenn man längerfristig immer unterproportionale Lohnerhöhungen spricht mehr Schaden als Nutzen anrichtet.

Dem Gemeinderat steht es offen, in welcher Form die Lohnerhöhung verteilt wird, ob pauschal oder individuell, dies wurde heute bereits schon angesprochen. Das begrüssen wir sehr, denn so hat der Gemeinderat die Möglichkeit, gute Arbeit zu honorieren und wertvolle Mitarbeitende zu bekräftigen, damit sie bei uns bleiben und in ihrer Arbeit unterstützt werden. In diesem Sinne stellen wir uns ganz klar hinter die beantragten 0,6 % Lohnerhöhung.

**Lukas Füglistler:** Ich komme hier mit einem Antrag. Die Fraktion SVP beantragt eine generelle Lohnerhöhung von 0 % für das Jahr 2020. Die Begründung dazu ist relativ einfach. Ich nehme den 2. Sektor und nicht den 3. Sektor, die produzierende Wirtschaft geht nach unten, es wandert ab und man geht weg. In der Verwaltung hat man eine Lohnerhöhung im 2018, im 2019, Linus stimmt das oder stimmt das nicht. Was ich aber sicher gut finde ist, dass man dem Personal, das sich einsetzt, sich weiterbildet, bereit ist mehr zu leisten, etwas gibt. Es steht ausser Diskussion, dass die etwas erhalten, aber einfach mit der Giesskanne 0,6 % zu geben, da weiss ich einfach nicht. Wir reden von Steuererhöhung, von grossen Projekten und beim Personal geht es jedes Jahr nach oben. Das verstehe ich nicht, ohne dass ich irgendwelche Statistiken gelesen habe.

**Marcel Müller:** Einen kurzen Blick an Carol, ich habe es nicht so detailliert, ich nehme es einfach aus der Presse des letzten Wochenendes. In der Schweiz stagnieren im Durchschnitt die Preise seit zehn Jahren. Ich gehe davon aus, dass diese Zahlen auch stimmen, von 2008 bis 2018 hatten wir stagnierende Preise und in vielen Branchen hatten wir stagnierende Löhne. Ich komme zufälligerweise aus der Finanzbranche und habe dort auch ein paar Kolleginnen und Kollegen, in der Finanzbranche mag es so sein, dass es Lohnsteigerungen gab, aber diese waren nur noch individuell. Ich habe einige Leute, die seit Jahren keine Lohnsteigerung mehr haben, zum Beispiel im Backoffice beim Zahlungsverkehr. Die Mehrheit dieser Leute sind nicht Iqbal Khan oder Sergio Ermotti, wie man bei der SP immer meint. Bei den Banken gibt es sehr viele Leute, die ganz normale Jobs machen, wie sie in der Verwaltung, beim Staat oder in einem kaufmännischen Betrieb auch gemacht werden. Das sind ganz viele Leute, das ist die Mehrheit, 50'000 Mitarbeiter bei der Credit Suisse, dann hat es ein paar Management Director, ein paar zu viel, das finde ich persönlich auch, und der Rest sind ganz normale Leute wie du und ich. Viele davon haben seit Jahren keine Lohnerhöhung, es wird nur noch individuell verteilt. In unserer Gemeinde spricht man von generellen Lohnerhöhungen, jeder bekommt Lohnerhöhung. Dann haben wir die strukturellen, bei denen sind wir dabei, aber bei den generellen wollen wir für das Jahr 2020 einen Stopp und nächstes Jahr können wir es wieder prüfen. Das sind meine Fakten, die ich habe.

**Christian Keller:** Wenn ihr morgen frei haben wollt, dann müssen wir jetzt Gas geben.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich möchte ganz kurz trotzdem noch etwas dazu sagen. Immer im November entscheidet der Gemeinderat, ob es generelle oder individuelle Lohnerhöhungen gibt. Auf 2019 gab es eine individuelle Lohnerhöhung auch vorher gab es eher individuelle. Wir sind uns auch bewusst, dass wenn wir so wenig geben können, wie wir jetzt geben, dass wir dann die belohnen müssen, die sich auch entsprechend engagieren.

Ich möchte doch in Erinnerung rufen, dass wir seit 2014 ein strukturelles Einnahmeproblem haben, seit 2014 wird jährlich gespart. Wir müssen immer der Finanzkommission und dem Einwohnerrat gegenüber aufzeigen, wo wir eingespart haben. Ich kann euch sagen, dass das auch auf die Stimmung beim Personal schlägt, es ist keine angenehme Stimmung, es ist keine angenehme Stimmung, denn wir sind immer unter Druck. Wir haben ein Ratio 2020 mit X Vorschlägen gemacht, zum Teil konnten kleinere Beträge und zum Teil grössere Beträge eingespart werden. Aber das drückt auch auf die Verwaltung und ich kann euch sagen, dass wir bei den 0,3 %, von durchschnittlich CHF 12 pro Mitarbeiter und Monat sprechen. Das sind keine Beträge, sie haben keine grosse Lohnerhöhung, aber das ist mindestens das Minimale, das wir ihnen geben können. In diesem Sinne möchte ich beliebt machen, dass man hier nicht so kleinlich ist, sondern den Mitarbeitern, die für die 8'600 Einwohner immer eine gute Leistung erbringen müssen, sie sind auch engagiert. Das ist der Motivator, den der Gemeinderat noch hat, ich bitte euch, das auch von dieser Seite her anzuschauen.

**Carol Demarmels:** Damit es nicht missverstanden wird, möchte ich nur kurz etwas ergänzen. Wir sind auch dafür, dass es individuell verteilt wird, strukturell ist etwas anderes, das ist zum Beispiel durch eine Ausbildung gegeben. Auch wir wollen das Giesskannenprinzip nicht, sondern wir wollen, dass die Leute, die hohe Arbeit leisten, honoriert werden und hier bleiben. Das Ziel sollte sein, dass sie hier bleiben und keine weiteren Kosten entstehen, weil sie gehen.

**Marcel Müller:** Irgendwo steht generelle Lohnerhöhung und eine generelle Lohnerhöhung ist eine generelle Lohnerhöhung.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag der SVP: Die Fraktion SVP beantragt eine generelle Lohnerhöhung von 0 % für das Jahr 2020.**

**Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von + 0,6 % sei abzulehnen. Die Finanzkommission beantragt eine Lohnerhöhung von 0,3 %.**

**Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen abgelehnt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Der Lohnanpassung von zusätzlichen + 0,4 % strukturellen Anpassungen sei zuzustimmen.**

**Dem Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Die Beibehaltung der Verbrauchsgebühren pro m<sup>3</sup> gemessenem Wasserverbrauch und Abwasserbeseitigung sei zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

\_\_\_\_\_

**Antrag der Finanzkommission: Der Beibehaltung der Kehrlichtgebühren (Sackgebühren) bei gleichzeitiger Senkung der Abfallgrundgebühr von CHF 50 auf CHF 45 pro Jahr sei zuzustimmen.**

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

\_\_\_\_\_

### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat das Budget 2020 (inkl. Spezialfinanzierung Wasser/Abwasser/Abfall) mit einem Steuerfuss von 105 % (=unverändert), die Summe der Stellenprocente gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchergebühr pro m<sup>3</sup> gemessenem Wasserverbrauch (Wasserwerk: CHF 2/m<sup>3</sup>), der Beibehaltung der Benützungsgebühr pro m<sup>3</sup> gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung: CHF 2.10/m<sup>3</sup>), der Beibehaltung der Kehrlichtgebühren (Sackgebühren) bei gleichzeitiger Senkung der Abfallgrundgebühr von CHF 50 auf CHF 45 pro Jahr (inkl. MwSt.) zuzustimmen.**

**Dem Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen zugestimmt.**

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

**6      2019.28      Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal: Verpflichtungskredit für die Sanierung der Tragkonstruktion der Hallenbaddecke über CHF 1'685'000**

Das Geschäft wurde vom Gemeinderat zurückgezogen.

**7      2019.29      Termine 2020**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

Keine Wortmeldungen

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Dem Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.**

**8      2019.24      Postulat SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit in den Anstellungsverhältnissen der Gemeinde Obersiggenthal**

Das Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Carol Demarmels:** Bevor ich mit meinem eigentlichen Votum beginne, möchte ich etwas vorgreifen. Wir fordern hier eine Lohngleichheitsanalyse und die gibt es gratis oder für hunderttausende von Franken, je nach Variante. Nur so, dass nicht die Kostenfrage im Zentrum steht. Wir sind sehr erstaunt über den fehlenden Willen des Gemeinderates das Postulat entgegenzunehmen. Als Begründung wurden uns zwei Punkte genannt. Einerseits hast du bereits in den Medien und auch hier drin darauf hingewiesen, dass in unserer Gemeinde die Lohngleichheit gegeben sei, und zudem haben wir auf unsere Nachfrage hin, die Auskunft erhalten, dass eine solche Analyse in unserer Gemeinde gar nicht möglich sei, weil es keine zwei Mitarbeiter gibt, die dieselbe Stelle besetzen. Es erscheint mir doch recht paradox, dass man das Resultat einer Analyse bereits kennt, die man nicht durchführen kann. Aber auf das möchte ich jetzt nicht mehr lange eingehen, sondern ich möchte auf die beiden Aussagen eingehen. Die, dass eine solche Analyse nicht durchführbar sei, weil wir nicht zwei Leute haben, die die gleiche Stelle besetzen. Ich kann verstehen, dass das plausibel klingt, aber es ist oft mehr möglich, als man denkt. Es braucht auch kein einziges derartiges Mann/Frau Pärchen bei einem Unternehmen, um eine solche Analyse durchzuführen.

Ich möchte nun kurz erklären, wie das funktioniert, ohne auf Berechnungen einzugehen. Ich versuche es mit zwei Beispielen. Im einen Beispiel geht es um Kinder, jeder der mehr als ein Kind hat, hat sich sicher bereits schon einmal überlegt, ob er diese beiden gleichwertig und fair behandelt. Dazu benötigt man auch nicht zwei Kinder, die gleich alt sind, unser Hirn ist durchaus fähig, das zu adaptieren und einen Vergleich herzustellen. Ein anderes Beispiel, wenn wir die Hauspreise von Obersiggenthal mit denen von Baden vergleichen, brauchen wir auch nicht das exakt gleiche Haus in Baden und in Obersiggenthal, das man das machen kann. Man kann als einfachstes Beispiel die Wohnfläche nehmen und den m<sup>3</sup> Preis mehrerer Häuser vergleichen. In Wirklichkeit werden noch viel mehr Parameter hineinfließen, beim Haus ist das auch das Baujahr, die Lage usw. Wir haben verschiedene Parameter, die in das Prognosemodell hineinfließen. Bei einer Lohnstudie sind das Alter, Dienstjahre, Funktion etc., das sind sowieso genau die Daten, die ihr alle zwei Jahre dem Bundesamt für Statistik liefern müsst. Dazu muss man auch noch sagen, dass die Lohnungleichheit sehr hoch sein muss, damit der Test überhaupt anschlägt, weil wir so wenige Mitarbeiter haben. Ich hoffe, damit den Zweifel an der Durchführbarkeit beseitigt zu haben, es ist also möglich.

Über deine Aussage Dieter, dass die Lohngleichheit gegeben ist, bin ich extrem verwundert. Ich frage mich, auf was sich die abstützt. Ich war kürzlich im Talk mit Crispino Bergamaschi, Präsident der Fachhochschule, Chef von über 3'000 Mitarbeitenden und dort ist die gleiche Frage aufgekommen. Als er das gefragt wurde, antwortete er, dass das ein bekanntes Problem sei, dass bereits mehrere Analysen gemacht wurden und dass man nach mehreren Jahren Anstrengung sagen kann, dass man jetzt bald bei null ist. In unserer Gemeinde sagt man einfach, es ist kein Problem wir haben Lohngleichheit, ohne dass man das überprüft hat und sogar noch der Meinung ist, dass man das gar nicht kann. Versteht mich nicht falsch, ich bestreite nicht, dass hier in der Gemeinde die Gleichstellung gelebt wird, und ich unterstelle auch niemandem böse Absichten oder eine diskriminierende Haltung. Lohnungleichheit ist einfach in den wenigsten Fällen beabsichtigt, das hat damit zu tun, dass Leute von einem anderen Arbeitgeber bereits mit einem gewissen Lohn kommen. Wenn es eine Lohnungleichheit gibt, dann gehen wir nicht davon aus, dass das bewusst ist. Fakt ist aber, dass der nicht erklärbare Lohnunterschied in der Schweiz noch immer über 7 % liegt und in den öffentlichen Bereichen liegt er noch immer über 5 %. Das obwohl der Bund und mehr als die Hälfte der Kantone solche Analysen durchgeführt haben und auch Lohngleichheit zusichern. Ab 2020 werden solche Analysen Pflicht für alle Unternehmen, die über 100 Vollzeitmitarbeitende haben. Durchführen kann man solche Analysen in der simpelsten Version mit einem Tool, das vom

Bund unterstützt wird, er stellt das gratis zur Verfügung. Es kann eine Schulung gemacht werden, man muss aber nicht, wichtig ist in diesem Fall, dass sicher mehr als eine Person damit beauftragt ist und das ist kein grosser Aufwand. Wenn das Ganze mit diesem Tool gemacht wird, wird unter 5 % gar nicht angezeigt. Es muss also schon ziemlich ausgeprägt sein.

Eine solche Analyse liefert der Gemeinde neben dieser Lohngleichheitsaspekte auch noch weitere Kennzahlen, das könnte ein zusätzlicher Gewinn für die Gemeinde sein. Sollte sie belegen können, dass Lohngleichheit herrscht, könnte sie sich zudem auch als attraktive Arbeitgeberin ausweisen. Es ist schon ein paar Monate her, als über eine halbe Million Frauen, egal in welchem Alter, von welchem Stand, aus welchem Beruf auf die Strasse gegangen sind, um ein Zeichen zu setzen, dass Lohnungleichheit einfach nicht mehr akzeptiert wird. Trotzdem ist sie vorhanden und wir wollen nicht einmal hinschauen, wir können das doch durchführen und im besten Fall kommt genau das heraus, was du sagst. In diesem Sinne, bitte ich euch liebe Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen das Postulat, trotz dem Widerwillen des Gemeinderates, den ich wirklich nicht verstehen kann, zu überweisen.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Die Gemeinde hat, das ist noch nicht so lange her, das Sälersystem umgestellt. Wir haben Funktionen und wir haben Lohnbänder, in denen die Funktionen vorkommen und die sind für Männlein und Weiblein genau gleich. Zudem machen wir regelmässig Lohnvergleiche mit anderen Gemeinden. Wir schauen nicht, ob es ein Mann ist, der die Funktion ausführt oder eine Frau, denn es ist eine Funktion, und die wird entsprechend verglichen. Es ist wirklich so, dass wir keinen Unterschied zwischen Männlein und Weiblein haben. Wir haben uns auch mit dieser Charta, die du angesprochen hast, befasst und die verlangt übrigens die verwaltungsinterne Sensibilisierung für das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, die regelmässige Überprüfung der Lohngleichheit in der Verwaltung, die Förderung der regelmässigen Überprüfung der Lohngleichheit in der öffentlichen Hand nahestehenden Körperschaften etc. etc., ich bin der Meinung, dass das erfüllt ist. Wir haben eine HR Person, die auch entsprechend ausgebildet ist. Wir sind der Meinung, dass der Aufwand für die Erfüllung dieser Punkte in dieser Charta sehr gross ist und mit den vorhandenen Personalkapazitäten, sie so schon relativ eng sind, nicht durchgeführt werden kann. Ich bin davon überzeugt, dass wir fair sind und effektiv Lohngleichheit haben. Es gibt auch Frauen die mehr verdienen als Männer, das gibt es. Wir wollen jetzt nicht einen riesigen Aufwand betreiben, denn wir sind davon überzeugt, dass wir uns unseren weiblichen Mitarbeiterinnen gegenüber nach bestem Wissen und Gewissen gut verhalten. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer.

Deshalb möchte ich dem Einwohnerrat beliebt macht, das Postulat nicht zu überweisen, denn es zwingt uns riesige und unnötige Mehrarbeit auf.

**Petra Rutschmann:** Das was unser Gemeindeammann gesagt hat, ist genau das Problem, weshalb so viele Frauen auf die Strasse gegangen sind. Es ist ja überall kein Problem und es muss auch nicht angeschaut werden. Heute ist das keine Argumentation mehr, die stimmt, die ist überholt. Ich bin der Meinung, dass ein Tool vorhanden ist, es kostet nichts, es sind Daten, die dem Bund sowieso geliefert werden müssen, sprich ob man die jetzt noch in ein Tool eingibt oder nicht, ich kann mir nicht vorstellen, dass das so ein wahnsinniger Mehraufwand sein soll. Mich würde es eher interessieren, ob du deine Hand verbrennst oder eher nicht. Deshalb fände ich es absolut richtig, und auch wichtig, dass das unsere Gemeinde ausweist. Wir unterstützen dieses Postulat.

**Bettina Lutz Güttler, Gemeinderätin:** Ich habe kurz mir unser HR Personalverantwortlichen Rücksprache genommen. Sie hat das abgeklärt, das Tool setzt voraus, dass sie während vier Tagen alle Funktionen und alle Vorbildungen der entsprechenden Personen erfasst. Anschliessend, wenn man dieser Charta beitreten würde, würde es alle zwei Jahre wieder zwei Tage beanspruchen, und man müsste bei jeder Beschaffung die Formulare einverlangen. Ich bitte Sie sehr, das Postulat nicht zu überweisen.

**Carol Demarmels:** Ich möchte kurz differenzieren, unser Postulat beinhaltet nicht die Charta, das ist eine andere Sache und würde etwas weiter gehen. Das wurde jetzt irgendwie vermischt. Wir haben mit diesem Postulat eine einmalige Untersuchung gefordert, das ist nicht ganz das Gleiche. Was den Aufwand betrifft, das sind ja Daten, die vorhanden sind. Ich habe es am Anfang bereits gesagt, das bekommt man auch für CHF 1'000 oder man könnte es auch als Bachelor-Thesis an einer Hochschule laufen lassen, das kostet zum Beispiel CHF 900 für ca. 600 Stunden. Das ist etwas, was ich den Gemeinden sowieso nahe legen möchte, mehr auf solche Leute zuzukommen. Wir verlangen nicht den ganzen Aufwand, was du vorher alles vorgelesen hast, das war wirklich etwas verwirlich. Natürlich würden wir das unterstützen, aber das ist nicht der Inhalt unseres Postulats. Und nochmals, wir unterstellen euch nicht bösen Willen, das was du mit den Lohnbändern gesagt hast, wenn wir das nicht hätten, dann wären wir nicht sehr fortschrittlich. Das haben natürlich viele Betriebe und die haben trotzdem Lohnungleichheit, mit dem ist es auch nicht getan.

Keine weiteren Wortmeldungen

### **Abstimmung**

**Das Postulat der SP Fraktion betreffend Lohngleichheit in den Anstellungsverhältnissen der Gemeinde Obersiggenthal, sei dem Gemeinderat zu überweisen.**

**Das Postulat wird mit 11 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht überwiesen.**

### **9      2019.25      Postulat SP-Fraktion betreffend der Erarbeitung eines Unterhaltskonzepts für die gemeindeeigenen Liegenschaften**

Das Eintreten wird nicht bestritten.

**Theo Flückiger:** Wer von euch hat eine Liegenschaft? Jeder der eine Liegenschaft hat, das hat Linus vorher auch schon angesprochen, der macht sich Gedanken darüber, wie man eine Liegenschaft unterhält. Es wird abgewogen, was sinnvoll ist, was erneuert und was ersetzt werden muss. Dafür gibt es hilfreiche Tools, keine Büchlein usw. Damit kommt man auch als Laie relativ schnell zu vielen Informationen. Wenn ich mir zum Beispiel eine Waschmaschine anschau, dann hat die eine Lebenserwartung von 15 Jahren, vielleicht ist es auch kürzer. Ich kann mir relativ schnell ein Bild darüber machen, wann diese Maschine ersetzt werden muss und kann mich entsprechend darauf vorbereiten, kann prüfen was es für neue Maschinen gibt, was für Bedürfnisse damit abgedeckt werden sollen und was mich diese Maschine kosten wird. Entsprechend kann ich budgetieren.

Bei einer Gemeinde ist das natürlich etwas aufwendiger, wie laufen die Prozesse bei einer Gemeinde? Es war in der letzten Rundschau unter dem Titel «eine steigende Schuldenlast» zu lesen, «hervorgerufen wurde das Defizit durch gestiegene Abgaben an den Kanton sowie dem baulichen Unterhalt an den gemeindeeigenen Liegenschaften». Wenn ich das lese, dann gehe ich davon aus, dass das keine budgetierten Kosten waren, das waren eben jetzt eigentlich Fehlbeträge. Da kommen bei mir erste Fragezeichen, wenn ich mir die letzten 1 ½ Jahre anschau, dann picke ich mir mal drei Beispiele heraus, bei denen man etwas weiter in die Tiefe gehen kann. Ganz am Anfang hatten wir die Dachsanierung der Sporthalle, die ausserplanmässig durchgepeitscht werden musste, weil es einfach hereingeregnet hat. Man hatte nicht die nötige Zeit, um das eigentlich sauber vorzubereiten, wie das üblicherweise erwünscht wäre. Wenn man die heutigen Unterlagen anschaut, dann kann man auch zwei Geschäfte herausnehmen, für das Dach vom Jugs wurde ein Budgetposten eingesetzt, für uns

nicht nachvollziehbar, weil man einen Betrag ins Budget nimmt, damit wird signalisiert, dass das Dach kaputt ist, nachher wird dieser Betrag wieder gestrichen, weil man sagt, dass man nicht sanieren muss. Entweder ist das Dach kaputt, und dann muss es gemacht werden, oder es ist nicht kaputt und dann muss es nicht gemacht werden. Ein solches hin und her ist schwer nachvollziehbar.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das Hallenbaddach, spätestens nach Uster oder auch Wettlingen weiss man, dass ein Hallenbad ein erhöhter Aufwand an Überwachung benötigt, das weiss man nicht erst seit diesem Jahr. Die Überprüfungen wurden in diesem Jahr gemacht, aber halt zu spät und die Folge davon ist, dass wir schliessen mussten. Solche Prozesse sind leider sehr unglücklich und die Gemeinde hat Liegenschaften im Wert von X Millionen. Die Investitionen in diese Bauten sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Budgets. Es braucht eine sorgfältige und bewusste Bewirtschaftung und ein weitsichtiges Unterhaltskonzept, damit kann viel Geld gespart werden kann und man hat eine Planungssicherheit. Deshalb ist es für uns unverständlich, dass der Gemeinderat das Anliegen nicht entgegennehmen will, zumal das ja im Legislatur Ziel des Gemeinderates steht. Es ist selten, dass ein Postulat mit so wenig Aufwand abgedeckt werden kann, da der Gemeinderat ja sagt, sie seien daran, so etwas zu erarbeiten. Somit ist das der kleinste Aufwand für den Gemeinderat, das entgegenzunehmen und zu sagen, dass es sowieso gemacht wird.

Wir haben aber auch festgestellt, dass Legislaturziele zum Teil halt gesetzt, aber leider nicht umgesetzt werden. Nach der letzten Legislatur waren es doch einige Projekte die noch nicht abgeschlossen oder noch nicht einmal angegangen worden waren. Bei diesem Punkt sind wir der Meinung, dass das so zentral ist, da geht es um sehr viel Geld, dass wir diesen Zufallsfaktor nicht abwarten wollen, ob es dann gemacht ist oder nicht. Deshalb wollen wir an diesem Postulat festhalten, und möchten das klar durchbringen, das das wirklich umgesetzt wird. Wir hoffen, dass ihr das auch unterstützen könnt.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Das Anliegen, das ihr habt, haben wir auch, es ist ein gutes und ein wichtiges Anliegen. Das hat der Einwohnerrat in den letzten paar Jahren an jeder Budgetsitzung dem Gemeinderat gegenüber schon verschiedentlich geäussert. Der Gemeinderat hat es aus diesem Grund auch in die Legislaturziele aufgenommen. Der Gemeinderat ist auch gewillt daran zu arbeiten. Die Legislaturziele lauten, «Investitionen und Unterhalt der gemeindeeigenen Infrastruktur werden nachhaltig geplant und ausgeführt und dazu Massnahmen definiert. Der Gemeinderat erstellt eine Strategie und setzt ein Tool ein, damit werden die Liegenschaften erfasst und der Handlungsbedarf ausgewertet». Damit das belegt ist, haben wir die Budgetposition für die Erfassung, dies wurde heute bereits erwähnt. Wir sind also unterwegs, es ist uns ein grosses Anliegen und wir haben die Voten des Einwohnerrates ernst genommen. Wir sind schon ein wenig erstaunt darüber, dass aus unseren eigenen Legislaturzielen ein Postulat formuliert wird. Es ist nicht so, dass wir das vergessen haben. Aus diesem Grund bitte ich den Einwohnerrat das Postulat abzulehnen und das Vertrauen in uns zu investieren, damit wir hier vorwärts kommen.

**Lukas Füglistler:** Legislaturmassnahmen, der Gemeinderat erstellt für den Budgetprozess 2020 eine Strategie, das hat Dieter vorher nicht gesagt, er hat gesagt, dass der Gemeinderat für den Budgetprozess eine Strategie erstellt, aber nicht für dieses Jahr, in welchem der Umgang mit den gemeindeeigenen Immobilien und Mobilien festgelegt wird. Ich erwarte, aufgrund dieser Legislaturziele, dass jetzt eine Strategie vorliegt, die in den Budgetprozess eingeflossen ist und, dass darüber an der nächsten Einwohnerratssitzung informiert wird.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Die Strategie wurde formuliert und der erste Schritt wurde bereits eingeleitet.

**Jacqueline Magni:** Du hast vorher gesagt, dass ihr ein Tool angeschafft habt, um das Ganze erfassen zu können. Bis wann rechnest du mit den Resultaten, damit man weiss wann was gemacht wird. Bis wann sind diese Daten erfasst, mit welchem Zeitraum rechnest du?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir möchten das eigentlich so bald als möglich in Auftrag geben. Die Idee ist, dass wir einen Studenten anstellen, der diese Daten erfasst. Da das Budget noch gesprochen ist, können wir theoretisch loslegen.

**Jacqueline Magni:** Braucht der ein halbes Jahr?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Das kann ich jetzt nicht sagen, wie lange der braucht?

**Jacqueline Magni:** Was ist das Ziel?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Das Ziel ist, dass wir auf das Budget 2021 erste Auswertungen haben.

**Peter Marten:** Ich möchte es nicht länger machen, aber ich bin doch sehr erstaunt, wenn ich lese, dass aus Sicht der SP in den vergangenen Jahren die Wartung und Sanierung der bestehenden Liegenschaften aufgrund von Sparmassnahmen vernachlässigt wurden. Ich durfte doch ein paar Jahre in der Finanzkommission mitmachen, davon zwei Jahren als Präsident, und so wie ich es in Erinnerung habe, haben wir nichts, das zwingend und nötig gewesen wäre, als Liegenschaftsunterhalt gestrichen. Worüber man eine Diskussion geführt hat war, ob die Serviceintervalle wirklich alle drei Jahre sein müssen oder ob sie auf alle vier Jahre erhöht werden können, ohne dass irgendetwas Schaden nimmt. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir nötige Sanierungsmassnahmen usw. gestrichen haben. Die vom Jugs, die du heute erwähnt hast, wurde gestrichen, weil der Gemeinderat in diesem Jahr seinen Job nicht gemacht hat. Man hatte es im letzten Jahr gestrichen, dies mit dem Auftrag was man machen muss. Jetzt wurde festgestellt, dass man noch nicht so weit ist und der Gemeinderat war so konsequent und hat es aus dem Budget genommen. Aber, wenn man das gemacht hätte, was der Einwohnerrat erwartet, dann wäre es nicht herausgestrichen und ich würde sagen, auch angenommen worden. Ich sehe nicht was man hier vernachlässigt hat, gewisse Dinge wurden sicher vernachlässigt, aber nicht aus Kostengründen, sondern aus manpowergründen, und dort habe ich eine andere Theorie, die ich jetzt nicht wiedergeben möchte.

**Theo Flückiger:** Die Erneuerungsrate der Bauten, das haben wir gesehen, liegt bei 0,7 %, das heisst, bei 1 % saniert man alle 100 Jahre. Das ist nicht ganz der übliche Rhythmus, den wir haben. Bei 0,7 % ist man dann bei ungefähr 140 Jahren, alle 140 Jahre wird das Gebäude saniert, ich glaube, dass ich nicht ganz der übliche Rahmen, eigentlich müsste es etwa bei 2 % liegen. Soviel zu den Prozessen, wie sie in der Gemeinde laufen. Es sind immer wieder Prozesse, die nicht sauber laufen. Wenn eine Vorlage kommt, bin ich der Meinung, dass sie Hand und Fuss haben muss. Es gibt meiner Meinung nach schöne Tools, die man einsetzen kann, schlussendlich braucht es aber eine Verantwortung, jemand muss das Ganze im Griff haben. Soweit ich informiert bin, fehlt das in der Gemeinde, so dass jemand für das Unterhaltkonzept zuständig ist, weil man das noch gar nicht hat.

**Peter Marten:** Also, wenn unklar ist, wer für den Unterhalt der Gebäude in der Gemeinde zuständig ist, dann haben wir aber ein grundsätzliches Problem, der sitzt aber auch im Saal.

**Christian Keller:** André Kummer hat uns vorzeitig verlassen, er hat morgen Frühdienst, wir sind nun noch 38 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, das absolute Mehr beträgt 20.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen

## Abstimmung

**Das Postulat der SP Fraktion betreffend der Erarbeitung eines Unterhaltskonzepts für die gemeindeeigenen Liegenschaften, sei dem Gemeinderat zu überweisen.**

**Das Postulat wird mit 12 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen nicht überwiesen.**

**Stefan Semela:** Ich habe eine Bemerkung, wenn sie feststellen, dass Leute immer wieder den Saal verlassen und nun sogar während einer laufenden Abstimmung, dann machen Sie doch bitte eine Pause. Wenn eine Biopause nötig ist, dann machen wir auch eine. Aber das ist ein «Geläutsch» man kann doch nicht irgendwie noch schnell die Hand erheben. Wir sind hier im Rat und da bitte ich, auf gewisse formelle Regeln zu achten und sie auch einzuhalten.

**Christian Keller:** Braucht noch jemand eine Pause?

### 10      2019.26      **Postulat SP-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts zum Kirchweg West**

**Marco Erni:** Als erstes möchten wir uns beim Gemeinderat bedanken, dass er das Postulat entgegengenommen und damit ebenfalls die Notwendigkeit sieht, den Kirchweg West so zu behandeln, wie es eine Strasse mit dieser Bedeutung für die Gemeinde verdient. Der Kirchweg West ist neben der Landstrasse die wichtigste Erschliessungsachse in Nussbaumen. Im Gegensatz zur Landstrasse ist der Kirchweg West aber vor allem für den lokalen Verkehr wichtig. Er dient unter anderem als Erschliessungsstrasse für das lokale Gewerbe und die angrenzenden Quartiere, als Schulweg und als Veloverbindung nach Kirchdorf. Flanierzone hätte ich jetzt auch fast gesagt, aber das ist wohl noch fast etwas Wunschvorstellung. Wie aus dem Budget zu entnehmen ist, wurde für 2020 ein Budget von CHF 70'000 für ein Betriebs- und Gestaltungskonzept Kirchweg West und Landschreiberstrasse eingestellt. Ein solches Betriebs- und Gestaltungskonzept ist ein Standardprozess in der Verkehrsplanung. Darin wird untersucht, wie in Zukunft der Verkehr am besten zu führen ist, also welches Temporegime gelten soll, ob und wie breite Velospuren notwendig sind, welche Gehwegbreiten, welche Spurbreiten für Autos, ob, wo und was für Bäume und so weiter.

Die Sanierung des Kirchweg West und der Landschreiberstrasse ist gemäss Investitionsplan in den Jahren 2022 bis 2023 vorgesehen. Nun bleibt also noch Zeit von Verkehrsplaner abklären zu lassen, wie unsere Strasse für die nächsten Jahrzehnte aussehen soll. Ziel muss sein, dass es eine Quartierstrasse wird, welche zum Beispiel folgende Kriterien erfüllt, hohe Aufenthaltsqualität, hohe Sicherheit zum Beispiel für Schulkinder, Reduktion des Schleichverkehrs wichtig auch in Hinblick auf das Projekt OASE, Optimierungen für Fuss- und Veloverkehr, auch weiterhin gut nutzbar für Autos und Tempo 30. Tempo 30 wurde ja bereits, mit der Behandlung des Postulats von Christian Keller, betreffend des Schleichverkehrs auf dem Kirchweg an der Einwohnerratsitzung vom 17. Januar 2019 auf Zustimmung des Einwohnerrates beschlossen.

Die Gestaltung des Kirchweg West stammt aus vergangenen Jahrzehnten und ist, wie damals üblich, stark auf den Autoverkehr fokussiert. Die Strasse der Zukunft versucht alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen zu behandeln. Dies würde etwas schmalere Fahrspuren für Autos und voraussichtlich auch weniger stark von der Strasse abgegrenzte Gehwegbereiche bedeuten. Ich bin diesbezüglich zum Beispiel begeistert von der neu gestalteten Dorfstrasse in Untersigenthal. Dort sieht man, was man mit einfachen Massnahmen erreichen konnte. Diese ist zwar schmaler als der Kirchweg und deshalb nicht 1:1 vergleichbar, aber zeigt trotzdem auf, wie man etwas verändern kann, ohne dass es wirklich mehr kostet, man nimmt jetzt ein wenig Geld in die Hand, aber der Umbau wird nicht wirklich viel mehr kosten, als wenn man es 1:1 sanieren würde. Bei der Gestaltung gibt es mehr Möglichkeiten als man denkt. Ich

denke jetzt nicht an hässliche Blumentöpfe oder mühsame Schwellen auf der Strasse. Die Gestaltung einer Strasse kann bereits schon den Eindruck erwecken, dass der Verkehrsteilnehmer so reagiert wie es angemessen ist. Ich bin diesbezüglich schon gespannt auf die Vorschläge der Verkehrsplaner, die das Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeiten.

Die SP Fraktion freut sich auf die Chance, die Nutzungsqualität des Kirchwegs zu verbessern und das Ortsbild in diesem Bereich aufzuwerten.

**Christian Keller:** Wem das alles zu lang ist, die Postulanten haben das Anrecht darauf, ihren Vorstoss zu verteidigen.

Keine weiteren Wortmeldungen

### **Abstimmung**

**Das Postulat der SP Fraktion betreffend der Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts zum Kirchweg West, sei dem Gemeinderat zu überweisen.**

**Das Postulat wird mit 34 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen überwiesen.**

### **11      2019.27      Postulat Peter Marten betreffend Velovorzugsrouten im Siggenthaler Feld - Schutz und Erhalt dieses Naherholungsgebiets**

**Peter Marten:** Erstens, ich bin nicht gegen den Velo-Highway, das ist nicht das Thema. Mein Thema ist simple und einfach, die Erhaltung des Siggenthaler Feldes, so wie es jetzt ist. Ich will durch das Siggenthaler Feld keine Tunneleinfahrt haben, das ist die Variante 30 in der ganzen OASE Geschichte, bei der die OASE Arbeitsgruppe bedauert, dass die nicht mehr enthalten ist, was ich nicht ganz verstehe. Ich möchte ebenfalls nicht, dass man irgendwelche Schnellstrassen für Velos dort hindurch pflastert, es sollen doch rund 4'000 Velos durch den Velo-Highway kommen, vielleicht kann man diese Route etwas geschickter legen, da gibt es sicher Wege, aber es muss doch nicht mitten durch das Feld sein, was man bis jetzt so lange erhalten hat.

Es geht mir wirklich nur rein um den Erhalt des Kulturlandes, alles andere ist mir ehrlich gesagt egal. Es kann sicher intelligenter gelöst werden, als mitten durch das Feld.

**Christian Keller:** Ich möchte dem Gemeinderat noch eine Frage stellen. Unterliegt die Planung eines kantonalen Velowegs der Kompetenz der Gemeinde oder des Kantons? Mich wundert es, dass der Gemeinderat bereit ist, das entgegen zu nehmen, weil es gar nicht in seiner Kompetenz liegt. Es gab ähnliche Fragen zum Thema OASE, die der Gemeinderat genau mit dieser Begründung nicht entgegengenommen hat.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Im Zusammenhang mit dieser Veloroute konnten wir auch auswählen ob sie durch die Breitenstrasse geht oder nicht, da hat der Gemeinderat auch insistiert und gesagt, dass wir das nicht wollen. Wir schauen das an, und wenn wir zum Schluss kommen, dass wir das nicht wollen, dann legen wir das dem Kanton entsprechend vor. Schlussendlich entscheidet auch hier der Kanton, das ist die Situation, deshalb bin ich der Meinung, dass es richtig ist, wenn wir das entgegennehmen.

**Friedrich Wollmann:** Es gibt eine Kerngruppe OASE, die quer durch alle Parteien die ganze kantonale Planung angeschaut hat und sehr vieles für total falsch und schlecht hält. Das mit der Variante 30 ist tatsächlich wieder im Gespräch, aber was die Veloroute anbelangt, muss man ganz klar sagen, man sieht, dass das Bildschirmleute sind, die gar nie vor Ort waren, die

das Ganze entworfen haben. Zum Beispiel hört die Idee mit der Schnellroute an der Gemeindegrenze von Baden auf, man sagt einfach, dass die Stadt Baden, das lösen soll. Aber es gibt keine Lösung, es arbeitet auch niemand daran. Von dem her gesehen, ist die Route über das Feld bereits schon gestorben, denn sie endet quasi an der Gemeindegrenze. Da sind noch viele gute Vorschläge nötig, dass der Langsamverkehr wirklich schlau eingeflochten wird. Dass bei der Haselstrasse beidseits 1,80 m breite Velostreifen sind, um die Velos zum Bahnhof zu leiten, ist völliger Blödsinn, so kann doch kein einziger Bus mehr fahren. Es ist überhaupt nicht durchdacht, gute Vorschläge sind schwer gefragt und die Kerngruppe OASE nimmt die sehr gerne entgegen.

Keine weiteren Wortmeldungen

### **Abstimmung**

**Das Postulat von Peter Marten betreffend der Velovorzugsrouten im Siggenthaler Feld – Schutz und Erhalt dieses Naherholungsgebiets, sei dem Gemeinderat zu überweisen.**

**Das Postulat wird mit 33 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.**

### **12      2019.31      Anfrage Marco Erni, SP betreffend aktuelle Prävention und Ursachenbekämpfung der Trinkwasserverschmutzung in Obersiggenthal**

Mit Schreiben vom 19. September 2019 hat Marco Erni, SP eine Anfrage an den Gemeinderat betreffend aktuelle Prävention und Ursachenbekämpfung der Trinkwasserverschmutzung in Obersiggenthal eingereicht.

Die Anfrage wurde vom Gemeinderat vor der Einwohnerratssitzung vom 25. September 2019 schriftlich beantwortet und die gestellten Fragen konnten wie folgt beantwortet werden:

*Zu «Text und Begründung»:*

Chlorothalonil wird nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Forstwirtschaft und auf Golfplätzen eingesetzt. Durch den Text der Anfrage werden die Landwirte einseitig als Problemverursacher dargestellt, was nachweislich falsch ist.

Zum erwähnten Beitrag auf az-online kann angemerkt werden, dass die darin wiedergegebene Aussage, wonach „Chlorothalonil ab einer gewissen Konzentration krebserregend wirkt“ so nicht nachgewiesen ist. Richtig wäre hingegen, dass „eine krebserregende Wirkung nicht ausgeschlossen werden kann“. Weil gemäss Lebensmittelgesetz das Vorsorgeprinzip gilt, müssen Massnahmen getroffen werden, um eine Infiltration dieses Stoffs im Trinkwasser zu vermeiden, so dass eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen werden kann.

*Frage 1.1: In der Gemeindeeigenen Mitteilung ist zu lesen: „Bei der Quelle Hertenstein ist der zulässige Höchstwert vom 0.1 µg/l unter Berücksichtigung der Messtoleranz überschritten, bei 2 weiteren Quellen im Wald ist der Problemstoff zwar nachweisbar, liegt jedoch deutlich unter dem zulässigen Höchstwert.“ Wie lauten die konkreten Zahlenwerte der Messungen?*

Insgesamt wurden 16 Wasserproben entnommen und im Labor untersucht. Zulässiger Grenzwert = 0.10 µg/l; Messtoleranz = +/- 0.03 µg/l:

Quelle Hertenstein:

18.06.2019; 0.15 µg/l; beanstandet

29.08.2019; 0.16 µg/l; beanstandet

Quelle Lindenweg Ebni:

18.06.2019; 0.11 µg/l; nicht beanstandet

29.08.2019; 0.15 µg/l; beanstandet

*Frage 1.2: Wie regelmässig wird die Trinkwasserbelastung durch Chlorothalonil aktuell und in Zukunft gemessen (Monitoring)?*

Ordentlich: 4 x jährlich mikrobiologisch, 1 x jährlich chemisch und neu 4 x jährlich nach Chlorothalonilsulfonsäure, damit der Mischprozess bestätigt werden kann. Zusätzlich: bei Änderungen der Quellergiebigkeit oder der Wasserleitfähigkeit (= Indikatoren, dass sich die Situation verändert haben könnte). Von Gesetzes wegen müssen mindestens 4 x jährlich mikrobiologische und 1 x jährlich chemische Trinkwasseruntersuchungen durchgeführt werden. Diese Proben werden an Dutzenden verschiedenen, fest definierten Probeentnahmestellen genommen. Bei jenen Quellen, an denen nun Abbaustoffe von Chlorothalonil nachgewiesen wurden, werden nach Rücksprache mit dem kantonalen Amt für Verbraucherschutz (AVS) zusätzliche Probeentnahmen durchgeführt, wenn sich wesentliche Änderungen z. B. bei der Quellergiebigkeit oder der Leitfähigkeit des Wassers einstellen. Wenn sich an der Schadstoffkonzentration Änderungen zeigen (positiv oder negativ, z. B. wenn die Ergiebigkeit zu- oder abnimmt und sich die Verdünnung im Boden auf natürliche Weise ändert), müssen die ergriffenen Massnahmen überprüft werden. Die Kosten pro Probe belaufen sich auf ca. 260 Franken.

*Frage 2: Trifft es zu, dass damit die Schadstoffe zwar verdünnt, aber immer noch im gleichen Umfang der Trinkwasserversorgung zufließen?*

Absolut gesehen schon, relativ betrachtet aber nicht. Wenn ein Konsument 1 Liter „verdünntes Wasser“ trinkt, dann nimmt er weniger Schadstoffe zu sich, als wenn er 1 Liter „unverdünntes Wasser“ trinken würde. Oder umgekehrt: Um die gleiche Schadstoffmenge zu sich zu nehmen, müsste ein Konsument mehr „verdünntes“ als „unverdünntes Wasser“ trinken. Unter Einhaltung der Grenzwerte stuft das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die Schadstoffkonzentration als unbedenklich ein. Im Übrigen ist die „Verdünnung“ ein Prozess, der auch auf natürliche Weise im Boden stattfindet: Während zum Beispiel ein Landwirt, ein Golfplatzwart oder ein Forstarbeiter „reines/unverdünntes“ Chlorothalonil austrägt, sind die Abbaustoffe bis zum Wasseraustritt aus der Quelle schon x-fach verdünnt. Je nachdem, wie stark diese „natürliche Verdünnung“ im Boden ausfällt, muss eine weitere Verdünnung durch die Wasserversorger durchgeführt werden oder eben nicht (oder es müssen andere Massnahmen getroffen werden). Fest steht, dass das Wasser, welches durch die Wasserversorgung Obersiggenthal an die Kunden/Konsumenten abgegeben wird, alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt und es sich dabei demnach um einwandfreies Trinkwasser nach dem Buchstaben des Gesetzes handelt, welches nach heutigem Wissensstand bedenkenlos konsumiert werden kann.

*Frage 3.1: Auch in anderen Aargauer Gemeinden wurden in einigen Quellen zu hohe Chlorothalonil-Konzentrationen gefunden. Doch in Wohlen, Villmergen und Waltenschwil wurden die betroffenen Pumpwerke abgestellt oder sie können nur noch reduziert betrieben werden, während die belastete Quelle in Obersiggenthal immer noch am Netz ist. Wurde auch in Obersiggenthal geprüft, die belastete Trinkwasserfassungen ausser Betrieb zu nehmen und zu beobachten/beprobieren?*

Weil das Trinkwasser aus dem Reservoir Rieden (Quelle Hertenstein) allen gesetzlichen Anforderungen entspricht, muss diese Wasserfassung nicht vom Netz genommen werden. Aufgabe der Wasserversorgung Obersiggenthal (und aller anderer Trinkwasserversorger) ist die möglichst wirtschaftliche Bereitstellung von Trink- und Löschwasser in der vorgeschriebenen Qualität und Menge unter Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften. Diese Aufgabe wird erfüllt, ohne dass die Quelle vom Netz genommen wird. Die Quelle Hertenstein liefert knapp 10 % des gesamten Wasserbedarfs unserer Gemeinde. Es wäre wirtschaftlich (und auch moralisch) unangemessen, dieses (nach der Verdünnung) einwandfreie Wasser zu verwerfen.

*Frage 3.2: Wäre alternativ zur Vermischung des verunreinigten Wassers mit sauberem Wasser ein Bezug ausschliesslich von Fassungen mit Konzentrationen unter dem Höchstwert möglich?*

Ja, technisch wäre dies bei der Quelle Hertenstein möglich. Allerdings verbunden mit grösserem Energieaufwand zum Pumpen.

*Frage 3.3: Könnten allfällige temporäre Engpässe infolge der Ausserbetriebnahme der belasteten Fassung auch durch vorübergehendes Beziehen des Wassers von Nachbarversorgungen überbrückt werden?*

Ja, technisch wäre dies möglich. Es wäre aber nicht notwendig, weil genügend Trinkwasser aus dem gemeindeeigenen GWPW Aesch gefördert werden kann.

*Frage 3.4: Trifft es zu, dass die Trinkwasserversorgung in Obersiggenthal auch gesichert wäre, wenn die belastete Quelle vom Versorgungsnetz genommen würde?*

Ja.

*Frage 4: Das auf Bundesebene sich in Diskussion befindende Verbot der Anwendung von Chlorothalonil wird dazu führen, dass die Kontaminationen von Grund- und Trinkwasser sukzessive zurückgehen werden. Bis wann das Verbot kommt, ist aber noch unklar: Wurde im Rahmen der Sofortmassnahmen seitens Gemeinde auch der Dialog mit den möglichen Einbringern der belastenden Stoffe zwecks zur künftigen Entlastung im Einzugsgebiet der Quelle gesucht?*

Nein, weil das Wasser der Quelle Hertenstein im Boden nicht aus der direkten Umgebung zuströmt, sondern (subartesisch gespannt) aus einer Region weit über die Gemeindegrenzen hinaus, ist die kleinräumige Denkweise nicht zielführend (zumal der Einsatz von Chlorothalonil nach wie vor zugelassen ist und niemand etwas Verbotenes getan hat). Dieses Problem muss von übergeordneter Stelle (vom Bund) gelöst werden.

*Frage 5: Sofern das der Schadstoffeintrag nicht an der Quelle (Austrag) gelöst werden kann, könnten allenfalls auch nützliche technische Massnahmen wie dichte Membranen (Nanofiltration) in Betracht gezogen werden: Hat der Gemeinderat zwischenzeitlich auch technische Massnahmen zur Verbesserung der Situation geprüft, oder eine entsprechende Prüfung in Auftrag gegeben?*

Ja, derzeit existieren noch keine Filter für den nun als relevant eingestuftem Abbaustoff aus Chlorothalonil. Derartige Anlagen befinden sich noch in der Entwicklung. Deshalb wären sie sehr teuer und ihr Einsatz als Test/Pilotversuch einzustufen. Die Problematik ist insbesondere auch, dass ein solcher Filter unter Umständen nur gerade diesen einen, expliziten Stoff extrahieren könnte, weitere Stoffe oder allenfalls Gemische aus verschiedenen Stoffen aber nicht. Filter sind demnach vorläufig noch nicht zielführend.

*Frage 6.1: Es ist bekannt, dass Schutzzonen um Trinkwasserfassungen deren Belastung durch den Eintrag belasteter Stoffe verringern: In welchem Ausmass werden in Obersiggenthal Schutzzonen um Quelfassungen für die aktive Nutzung ausgeschieden?*

Gemäss den geltenden Gesetzen und Normen. Hierfür kann die Gemeinde einen Rechtstitel geltend machen (öffentliches Interesse), darüber hinaus aber nicht.

*Frage 6.2: Wird auch eine Ausdehnung bestehender Schutzzone in Erwägung gezogen?*

Die Ausdehnung von Schutzzonen wird anhand von Gesetzen, Normen sowie Berechnungen und Messungen durch Ingenieure und Geologen festgelegt. Das Einzugsgebiet des Wassers ist jedoch um ein vielfaches grösser als die rechtlich sichergestellten Schutzzonen (je nachdem z. B. 10 oder 20 x so gross). Schutzzonen können nicht so gross ausgeschieden werden, dass sie das ganze Wassereinzugsgebiet abdecken. Bei chemischen Stoffen wie z. B. Nitraten oder – in diesem Fall Abbaustoffe von Chlorothalonil – sind Schutzzonen demnach nur beschränkt wirksam. Auch eine angemessene Vergrösserung der Schutzzonen würde daran nichts ändern. Wichtig ist, dass Böden und Trinkwasser überall und immer nachhaltig vor Verunreinigungen geschützt werden, indem der Eintrag von Schadstoffen (auf Bundesebene) gesetzlich verboten wird.

*Zu: Es ist gut, dass die Gemeinde sofort reagierte. Doch der belasteten Quelle sauberes Wasser beimischen reicht nicht. Trinkwasser ist ein hohes Gut. Wenn so etwas passiert, braucht es mehr als Symptombekämpfung. Es braucht klare Ziele zur Ursachenbekämpfung. Wenn es irgendwie geht, muss das Wasser der betroffenen Quelle solange vom Netz genommen werden, bis die Ursache der Grenzüberschreitung beseitigt ist.*



mutmasse, dass der Kanton Messungen gemacht hat, weil sich ein Anwohner möglicherweise für Lärmschutzfenster interessiert. Wenn es berechtigt ist, beteiligt sich der Kanton zu 50 % an den Kosten.

Daniela wurde von Beni direkt informiert, du hattest ja auch noch Fragen, aber das betraf das Budget.

**Marcel Müller:** Ich habe noch eine Frage zum Steg beim alten Wehr, der abgebrochen wird. Als Beitrag von Obersiggenthal wurden CHF 100'000 eingesetzt, aber wir haben eigentlich nie über einen solchen Betrag abgestimmt. Wie sieht das Prozedere nachher aus, wird uns danach noch eine Kreditabrechnung vorgelegt und wir können nur noch ja dazu sagen, oder wie muss ich mir das vorstellen? Es sind immerhin CHF 100'000.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Es ist richtig, es war etwas unschön, wir haben einmal darüber gesprochen, und es euch vorgelegt. Zuerst mussten die Besitzverhältnisse für diesen Steg geregelt werden, das war nicht ganz klar. Die Regionalwerke Baden brauchen ihn als Werkleitungsträger, dafür wird es verstärkt, daran beteiligen wir uns aber nicht. Aber am Erhalt, weil viele Dinge fällig waren. Es war etwas unschön, dass wir diesen Entscheid treffen mussten, ohne dass wir den Einwohnerrat über diese CHF 100'000 fragen konnten. Die Regionalwerke haben uns das relativ kurzfristig erzählt, in Baden war die gleiche Situation, wenn unser Einwohnerrat nein sagt, dann sperren sie den Durchgang einfach. Das war jetzt vielleicht etwas grob und bedrohend, ich habe mich auch dagegen gewehrt, aber vom Inhalt her ist es so, dass wir das jetzt machen mussten, und wir haben das vorher so nicht gewusst, weil die ganzen Verhältnisse nicht klar waren. Das ist nun aber vertraglich geregelt, und soweit in Ordnung, aber wir haben es jetzt tatsächlich im Budget drin und es wird dann eine Kreditabrechnung mit den Details geben.

**Theo Flückiger:** Ich habe noch einen Punkt, wir konnten heute nicht über die Hallenbaddecke befinden, deshalb haben wir dort eine zentrale Frage. Es ist jetzt herausgeschoben, was wir bedauern, weil so kein Entscheid vorhanden ist. Wir werden das nächste Mal am gleichen Punkt stehen und mit jedem Mal, mit dem es länger geht, ist die Gefahr gross, dass es nicht nur ein Winter gesperrt ist, sondern noch einen weiteren Winter. Du hast es vorher angesprochen, dass es einen Volksentscheid braucht, dieses Thema steht weiterhin im Raum, auch wenn wir das nächste Mal darüber befinden. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass das nächste Mal noch kein Entscheid für ein Gesamtprojekt vorhanden sein wird, sondern wir werden nur über den kleinen Teil befinden. Ich habe aber nochmals im Reglement nachgeschaut, darin ist es theoretisch möglich, dass der Einwohnerrat beschliessen kann, dass es eine offizielle Volksabstimmung gibt, dadurch kommt es trotzdem vors Volk, auch wenn es unter der CHF 2 Millionen Grenze ist. Ich denke, es wäre sehr wichtig und sinnvoll, wenn man sich dort Gedanken macht, wie man das Ganze aufgleisen will, damit es möglichst auch vom Volk mitgetragen wird.

Jeden Monat, den wir zuwarten, wird es problematischer, so dass das Bad viel länger geschlossen ist und damit wird auch etwas die Akzeptanz schwindet. Von dem her braucht es vor allem eine strategische Ausrichtung, damit wir das Volk möglichst einbinden. Das wäre mein Wunsch an den Gemeinderat, dass man sich dazu auch Gedanken macht.

**Christian Keller:** Nochmals zur Erinnerung, es hat draussen noch Kuchen, nehmt doch etwas mit nach Hause.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler